Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs- [illegible]eits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 198. Sonnabend, den 24. August 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Liberalismus und Preußenwahlen.

Die Fortschrittliche Volkspartei veröffentlicht jetzt in ihren Organen genauere Mitteilungen über die Verhandlungen, die sie in Schleswig-Holstein mit den Nationalliberalen wegen eines gemeinsamen Vorgehens bei den Landtagswahlen geführt hat, und deren Scheitern bereits gemeldet worden ist. Aus diesen Mitteilungen geht hervor, daß zwischen den Vertrauensmännern beider Parteien lange Verhandlungen geführt worden waren, die zu einem positiven Ergebnis geführt hatten. Am 10. August hat jedoch der nationalliberale Provinzialausschuß ein generelles Abkommen mit dem Fortschritt abgelehnt und beschlossen, „daß den einzelnen Wahlkreisen Selbständigkeit bei der Aufstellung der Kandidaten und der Verständigung mit den anderen Parteien zuzusprechen ist“.

Als Vorzeichen für die Entwicklung des allgemeinen Aufmarsches der Parteien zu den nächstjährigen Landtagswahlen ist der Beschluß der schleswig-holsteinschen Nationalliberalen überaus bedeutungsvoll. Drastischer als durch ihn kann die Unfähigkeit des Gesamtliberalismus, etwas Ernstliches zur Bekämpfung der preußischen Zustände zu tun, nicht illustriert werden. Bisher ist es bei den preußischen Wahlen immer noch so gewesen, daß alles, was nicht dem Zentrum gehört, im großen ganzen konservative Domäne war, in der einige Nationalliberale und Fortschrittler als Unterpächter zugelassen wurden. Statt mit den Konservativen zu kämpfen, handelte man mit ihnen, wobei einmal die Nationalliberalen den linken Bruder übers Ohr hauten, das andere Mal sogar die Fortschrittler mit den Junkern gemeinsam den rechten Bruder prellten. Die Folge davon war, daß ganze Landesteile im Abgeordnetenhause konservativ vertreten waren, ohne daß die Rechte dort einen auch nur irgendwie beträchtlichen Anhang besaß.

Ein Musterbeispiel für diese Zustände bietet gerade Schleswig-Holstein. Die siebzehn deutschen Mandate dieser Provinz wurden durch die Wahlen von 1908 so verteilt, daß elf an die Konservativen und Freikonservativen fielen, drei an die Nationalliberalen, drei an die Fortschrittler, an die Sozialdemokratie natürlich keins. Dabei hatten bei den Reichstagswahlen des vorangegangenen Jahres von 291,2 Tausend abgegebenen Stimmen erhalten: Konservative und Reichspartei 26,6 Tausend, Nationalliberale 45,2 Tausend, Fortschritt 92,7 Tausend, Sozialdemokraten 113,4 Tausend. Mit weniger als einem Zehntel der abgegebenen Stimmen errang die Rechte ungefähr zwei Drittel aller Mandate, die Sozialdemokrate mit fünfmal soviel Stimmen, als die Rechte aufgebracht hatte, bekam kein Mandat — und der Liberalismus? Mit einer sechsfachen Uebermacht an Stimmen brachte er es den Konservativen und Freikonservativen gegenüber auf sechs Mandate, nicht viel mehr als die Hälfte der konservativen Mandatszahl.

Ein kläglicheres Versagen läßt sich kaum vorstellen. Ein Liberalismus, der wirklich liberal ist, müßte bei den Wahlen sein Möglichstes tun, um ein Ergebnis zustande zu bringen, das dem Willen der Wähler entspricht, er müßte also auch der Sozialdemokratie behilflich sein, eine ihrem tatsächlichen Anhang entsprechende Zahl von Sitzen zu erringen. Aber, weit entfernt, dies zu tun, hat der Liberalismus nicht einmal sich selber durchzusetzen verstanden! Das gilt wie für Schleswig-Holstein für ganz Preußen. Sieht man von der Sozialdemokratie vollständig ab und vergleicht man nur die liberalen Reichstagsstimmen und Landtagsmandate in ihrem Verhältnis zu den konservativen Reichstagsstimmen und Landtagsmandaten, so kommt man zu einem Ergebnis, das für den bürgerlichen Gesamtliberalismus geradezu beschämend ist. Die Liberalen bekamen bei den Reichstagswahlen in Preußen 1904 1655,4 Tausend, die Rechte 1559,7 Tausend Stimmen. Dabei kamen die Liberalen im Landtag nur auf 100 Mandate, die Konservativen und Freikonservativen aber auf 211. Bei einem Stimmenvorsprung von 100 000 brachten es die Liberalen noch nicht auf die Hälfte der konservativen Mandate!

Bei den Wahlen von 1912 hat sich das Stimmenverhältnis weiter zuungunsten der Rechten verschoben. Der Nationalliberalismus a la Schleswig-Holstein wird aber schon dafür sorgen, daß sich der bei den Reichstagswahlen zutage getretene „Ruck nach links“ bei den Landtagswahlen nicht bemerkbar macht: nicht für die Sozialdemokratie — aber auch nicht einmal für den Liberalismus!

Gewiß ist die Sozialdemokratie unter dem Dreiklassenwahlsystem noch ärger dran, dafür wendet sie auch alle Energie auf, um dieses System zu bekämpfen. Der Liberalismus aber, als bürgerliche Parteigruppierung nicht wie die Sozialdemokratie „außerhalb der Verfassung stehend“, hat sich gleichfalls im preußischen Staat noch nicht die Gleichberechtigung erobert und er macht auch gar keine ernstlichen Anstrengungen dazu. Die Nationalliberalen, die bei den letzten Wahlen fast ebensoviel Stimmen bekamen, wie Konservative und Reichspartei, werden schon zufrieden sein, wenn sie bei den nächsten Landtagswahlen wieder 64 Mandate erhalten gegen mehr als dreimal soviel konservative und freikonservative!

So handelt der Liberalismus, wenigstens der des rechten Flügels, in seinem Verhältnis zum Junkertum im Sinne wahrhaft frommer Ergebenheit. Bekommt er einen Streich auf die linke Backe, so reicht er auch noch die rechte hin, und nimmt man ihm den Rock, so gibt er auch das Hemd. Er könnte sich durch offene Stellung gegen die Rechte und entschiedenes Eintreten für das Reichstagswahlrecht in Preußen eine ausschlaggebende Machtposition schaffen; er zieht es aber vor, bei den Wahlen von den Abfällen der konservativen Tafel zu leben und im Landtag die Rolle einer konservativen Schwanzpartei zu spielen! Und der Wahlrechtsbewegung, die doch mit in seinem eigenen Interesse liegt, sofern er noch darauf Anspruch erhebt, als selbständige Partei zu gelten, begegnet er mit Intriguen und Quertreibereien, wie mit der unsinnigen Forderung des Pluralwahlrechts. Selbst das kranke Dreiklassenwahlrecht will er durch Abschaffung der Drittelung der Urwahlbezirke noch kränker kurieren, und wenn es zur namentlichen Abstimmung über das geheime, direkte Wahlverfahren kommt, macht sich ein Drittel der nationalliberalen Fraktion eiligst aus dem Staube.

Das Verhalten der Nationalliberalen von Schleswig-Holstein ist nur ein Steinchen aus diesem anmutigen Mosaikbild. Der Zustand, in dem der „Gesamtliberalismus“ den preußischen Wahlen entgegengeht, ist wahrhaft bemitleidenswert. Er geht in den Kampf, ohne den Sieg zu erhoffen, ja selbst ohne ihn zu wünschen!

Ein klerikaler Militärkonflikt.

Die Generaldebatte des Militäretats im bayerischen Landtage führte am Donnerstag unerwartet zu einem so heftigen Konflikt zwischen dem Zentrum und dem Kriegsminister, daß die Szenen des vorigen Herbstes wiederzukehren schienen, die zur Auflösung des Landtags und zum Sturz der Regierung führten. Tritt das Zentrum nicht einen schleunigen Rückzug an, so muß man annehmen, daß die gegenwärtige Lage unhaltbar geworden ist und auf die eine oder die andere Weise eine Aenderung erfolgen muß.

Der jetzige Kriegsminister Kreß von Kressenstein ist zwar natürlich konservativ und militaristisch. Aber er nimmt eine Sonderstellung im Ministerium Hertling ein; nicht, weil er Protestant ist — das ist der Justizminister auch —, sondern weil er ein offener, aufrechter und tapferer Charakter ist. Aus diesem Grunde wies er am Donnerstag mit äußerster Schärfe den Versuch des Zentrums ab, auch ihn und die Armee unter die klerikale Herrschaft zu beugen. Die Sitzung begann schon mit einem Unglücksfall für das Zentrum. Der Zentrumsabgeordnete Ankenbrand trat sehr entschieden für die Einführung der einjährigen Dienstzeit ein. Er hatte schon vor einigen Tagen dem Kriegsminister einen Plan überreicht, in dem er die organisatorischen Einzelheiten darlegt und die Kostenersparnis auf hundert Millionen berechnet hatte. — Die Auffassung der Sozialdemokraten vertrat noch einmal kräftig Genosse Simon: Wir befürchten, daß die ewigen Rüstungen nicht dem Frieden dienen, sondern zum Kriege treiben, zumal ja die Militaristen den Frieden offen genug für ein Unglück erklären. Wir wollen nicht, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hände eines Einzelnen gelegt wird; es könnte auch jemand auf den Thron kommen, der sich seiner Verantwortlichkeit nicht bewußt ist. In der Beurteilung des Militarismus ist sich die gesamte Sozialdemokratie einig. — Nachdem der Liberale Quidde die Auffassungen der Weltfriedens-Propagandisten vertreten, erklärte der Kriegsminister: Wir wollen keine Politik in der Armee. Gerade deshalb haben wir ein Interesse, zu verhindern, daß sozialdemokratische Propaganda in der Armee betrieben wird. Noch nie ist aber auch bei sozialdemokratischer Gesinnung einem Soldaten ein Nachteil erwachsen, schon deshalb nicht, weil wir gar nicht wissen, wer Sozialdemokrat ist. Die Frage nach der günstigen Meinung über Sozialdemokraten kann ich nicht beantworten, weil wir keine Kontrolle ausüben. Im übrigen berechtigen mich keinerlei Beobachtungen zu der Behauptung, daß die im Heere zweifellos in großer Anzahl dienenden Sozialdemokraten sich in irgend einer Richtung besonders bemerkbar gemacht haben. Der Hornsche Erlaß ist nicht durch die Landtagswahl veranlaßt, er ist schon früher ergangen und bezog sich nicht auf die geheime Wahl, sondern nur auf die öffentliche Betätigung als Sozialdemokrat.

Mit diesen Erklärungen war das Zentrum höchst unzufrieden, und sein jetziger Führer, der Baron v. Frankenstein, unternahm deshalb einen Vorstoß gegen den Kriegsminister in der Richtung, eine Klerikalisierung der Armee zu erzwingen. Diese Rede war die wüsteste und dümmste Scharfmacherei, die sich jemals ein Zentrumsparlamentarier geleistet hat. Baron v. Frankenstein erteilte dem Minister ausdrücklich im Namen des Zentrums den bündigen Befehl, die Verfolgung der Sozialdemokratie zu proklamieren. Als Frankenstein zur Begründung dieses Befehls behauptete, daß die Sozialdemokratie in der Kaserne sozialdemokratische Agitation treibe, rief Genosse v. Vollmar laut: Das ist eine Unverschämtheit. Der Präsident verhängte einen Ordnungsruf. Als v. Frankenstein in derselben Weise fortfuhr, forderte ihn Genosse Rollwagen auf: Lügen Sie doch nicht so unverschämt. Abermals ein Ordnungsruf und der Baron v. Frankenstein hetzte weiter. Noch einen zweiten Dienstbefehl erteilte v. Frankenstein dem Kriegsminister: er solle sich zu dem Hornschen Erlaß persönlich bekennen und zwar in dem Sinne, daß inaktive Offiziere nicht zur Wahl von Sozialdemokraten auffordern dürfen. Bei diesen Ausführungen kam es zu lebhaften Szenen mit den Liberalen. Frankenstein schloß mit einem dritten Befehl an den Minister: er müsse den Simplizissimus für alle Offiziere verbieten, da die Simplizissimusstimmung einen großen Teil des Offizierkorps ergriffen habe. — Mit gutem pfälzischen Humor führte Genosse Körner den klerikalen Baron ab, indem er einige Episoden aus der Zeit des sozialdemokratisch-ultramontanen Wahlbündnisses in Erinnerung brachte: Jetzt fordert man, daß kein inaktiver Offizier für einen Sozialdemokraten eintreten dürfe, er selbst aber in 1905 von schwarzen Beamten, Geistlichen, Bürgermeistern, pensionierten Oberleutnants etc. als Wahlmann gewählt worden! Und bei der vergnügten gemeinsamen Siegesfeier war der gegenwärtige Erzbischof von München auch dabei, der ihm (Körner) auch noch als Erzbischof in Erinnerung an die gemeinsamen Erlebnisse herzlich die Hand gedrückt hätte. Genosse Roßhaupter ergänzte die Mitteilung dieser Intimitäten, bei deren Erzählung die Linke immer heiterer, das Zentrum immer verlegener wurde. Der jetzige Erzbischof von München habe bei dem gemeinsamen Wahl-Siegesmahle in Speyer wiederholt seine Freude geäußert.

Nun erhob sich der Kriegsminister. Er ging auf die Scharfmachereien Frankensteins gegen die Sozialdemokratie wegen ihrer angeblichen Kasernen-Agitation überhaupt nicht ein. Er will sich nicht in die Parteiangelegenheiten einmischen. Ich vertrete, erklärte er, hier lediglich die militärischen Interessen der Armee und in deren Interesse weise ich den schweren Vorwurf, den Freiherr v. Frankenstein dem Offizierkorps gemacht hat, auf das allerentschiedenste zurück. Er hat von der Simplizissimuskultur gesprochen, dem ein großer Teil des Offizierkorps huldige. Ich muß auf das tiefste bedauern, daß eine derartige Verdächtigung, wofür der Herr Abgeordnete .... Der Vizepräsident Frank unterbricht den Kriegsminister: Ich möchte Seine Exzellenz ersuchen, dieses Wort nicht weiter zu gebrauchen. Der Herr Kriegsminister untersteht ja nicht meiner Korrektur; ich möchte aber bemerken, daß ich einem Abgeordneten gegenüber dieses Wort als nicht statthaft bezeichnet hätte. — Der Kriegsminister vollendet ruhig seinen Satz: .... wofür der Herr Abgeordnete auch nicht die Spur eines Beweises zu erbringen versucht hat, hinausgesprochen worden ist. Das bayerische Offizierkorps hat dem Herrn Abgeordneten nicht den mindesten Anlaß gegeben, an seiner Königstreue, Loyalität und an seinem inneren Gehalt zu zweifeln, und ich bin überzeugt, daß es in diesen Eigenschaften durch die Lektüre des Simplizissimus nicht wankend gemacht wird. Der Herr Abgeordnete hat von mir eine ausdrückliche Erklärung verlangt, daß ich mich mit dem Erlaß meines Vorgängers identifiziere. Ich kann nur erwidern, daß der Erlaß noch in Kraft ist, woraus wohl zur Genüge hervorgeht, daß ich mit ihm einverstanden bin. Der Aufforderung hätte es also nicht bedurft.

Während dieser kriegsministeriellen Abwehr wurde es im Zentrum immer stiller. Man gesellte sich zu erregten Haufen und beriet die Lage. Baron v. Frankenstein war während der Rede des Kriegsministers verschwunden und erklärte später in einer persönlichen Bemerkung, er wolle auf die kriegsministeriellen Vorwürfe noch zurückkommen. Der folgende Zentrumsredner, Abg. Held ging überhaupt nicht auf die Ausführungen des Kriegsminister ein, sondern schrie unter steigendem

Lärm und Gelächter der Linken sich heiser, um zu beweisen, daß das Zentrumskompromiß mit der Sozialdemokratie ganz etwas anderes gewesen sei. — Unter lebhafter Bewegung wurde die Generaldebatte des Militäretats geschlossen.

Ueber den Konflikt zwischen Zentrum und Kriegsminister im bayerischen Landtage wird uns aus München gemeldet:

Die Vorgänge in der Abgeordnetenkammer am Donnerstag hatten Freitag einen Massenbesuch auf die Tribünen gezogen. Während die Zentrumspresse, die übrigens alle Enthüllungen über die Einzelheiten des klerikal-sozialdemokratischen Wahlbündnisses in ihrem Parlamentsbericht unterschlägt, in ihrem jetzigen Stimmungsberichte die Angriffe des Barons v. Franckenstein gegen den Kriegsminister nicht nur gebilligt, sondern noch unterstrichen und verschärft hatte, fanden inzwischen langwierige Verhandlungen zwischen Zentrum und Kriegsminister statt mit dem Erfolge, daß das Zentrum ebenso demütig zu Kreuze kroch, wie seinerzeit bei dem Konflikt mit dem preußischen Kriegsminister in der Duellfrage, als damals ihm gewisse allerhöchste Drohungen mitgeteilt wurden. Franckenstein verlas eine Erklärung, indem er alles auf Mißverständnisse zurückführte. Die ganze Tendenz seiner Ausführungen sei dahin gegangen, die Kriegsverwaltung vor der Gefahr des Eindringens jeden Simplizissimusgeistes zu warnen. Diese zersetzende Gesinnung sei in zunehmender Verbreitung begriffen, so daß die Gefahr, daß, wie andere Kreise, auch ein Teil des Offizierkorps im erwähnten Sinne beeinflußt werden könnte, keineswegs ausgeschlossen sei. Vor dieser Eventualität zu warnen, erklärte Franckenstein sich für berechtigt, „und nur in diesem Sinne war meine im Namen meiner politischen Freunde gerichtete Bitte um Vorsicht zu verstehen". Die Zentrumspresse aber hatte Franckensteins Aeußerungen über die Simplizissimuskultur dahin erläutert, daß gerade die Offiziere mit Vorliebe nach dem Simplizissimus greifen und damit sich und ihren Stand erniedrigten. — Weiter bemerkte Franckenstein, daß er dem Kriegsminister keineswegs unzureichende Vertretung der Verfassungsbestimmungen habe vorwerfen wollen. Die Zentrumspresse hingegen hatte gerade der Rede Franckensteins darin beigepflichtet, daß der Kriegsminister in geradezu unverständlicher Weise seine Pflicht in der Bekämpfung der Sozialdemokratie verletzt habe.

Der Kriegsminister v. Kreß begnügte sich mit der Bemerkung, er wolle seinen gestrigen Ausführungen nur noch folgendes hinzufügen: Ein tatsächliches Mißverständnis nähme der Minister zurück. Wenn Franckenstein gesagt habe, daß die Simplizissimuskultur sich da und dort in der Armee breit mache, und daß darüber mancherorts mit Recht geklagt werde, so habe er daraus entnehmen müssen, daß Franckenstein sich diese Anschauung zu eigen gemacht habe und er habe sie zurückweisen müssen und zwar mit aller Entschiedenheit. Das Wort „Verdächtigung" habe er nicht im Sinne illoyaler Absichten gebraucht. Von der Erklärung, daß Franckenstein ihm nicht den Vorwurf laxer Vertretung der Verfassungsrechte habe machen wollen, nähme er mit Vergnügen Kenntnis.

Der Minister begnügte sich also lediglich, wie es sich gebührte, den formal-beleidigenden Ausdruck „Verdächtigung" zurückzunehmen, sonst ironisierte er den Rückzug des Zentrumsführers Franckenstein. Das Zentrum erlitt mit seinem Vorstoß gegen das Kriegsministerium eine schwere und lächerliche Niederlage, und in der am Freitag folgenden Debatte wurde die Mehrheit und ihr Führer von Liberalen und Sozialdemokraten mit Spott und Hohn überschüttet. — Auf die bestimmte Frage des Gen. Rollwagen, Franckenstein solle Beweise für seine Behauptung erbringen, die Sozialdemokratie treibe Kasernenagitation, blieb der Zentrumsführer die Antwort schuldig.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Proporz für die Reichstagswahlen.

Die „Frankfurter Zeitung" ist schon seit längerer Zeit für die Verwirklichung des Proportionalsystems bei den Reichstagswahlen eingetreten. Das Blatt glaubt die Zeit gekommen, wo dieser in erster Reihe stets von der Sozialdemokratie vertretene Gedanke Aussicht gewinnt, sich praktisch durchsetzen zu können. Es ist auch begreiflich, daß gerade die Liberalen mehr und mehr Geschmack an dieser Forderung gewinnen, die sie früher nicht beachtet haben. Die Liberalen können bei den Reichstagswahlen unter dem jetzigen System so gut wie gar keine Mandate aus eigener Kraft in den ersten Wahlgängen gewinnen, sie sind ganz auf die Stichwahlen angewiesen. Sie empfinden diesen Zustand sehr unangenehm und befreunden sich mehr und mehr mit der Forderung der Verhältniswahlen.

„Die Reichstagsverhandlungen des letzten Winters", so führt die Frankfurter Zeitung aus, „haben bereits klargestellt, daß für das Prinzip der Verhältniswahl im Reichstag eine, wenn auch nur kleine Mehrheit vorhanden ist. Gleich nach dem Zusammentreten des Reichstags haben die Volkspartei und die Sozialdemokratie in Initiativanträgen die Regierung zur Vorlegung eines Proporzentwurfs aufgefordert, und bei der ersten Lesung des Etats hat auch der Redner der Nationalliberalen, der Abg. Dr. Junck, sich sympathisch zu dem Gedanken der Verhältniswahl geäußert. Jetzt gilt es, innerhalb der Parteien der Linken eine Verständigung über die allgemeinen Richtlinien einer Reichswahlreform zu versuchen. Dabei wird man auf beiden Flügeln der Linken Konzessionen machen müssen, aber das Ziel ist groß genug, um solche Konzessionen zu rechtfertigen. Es handelt sich ja hier nicht nur um eine Forderung für die nächsten Reichstagsverhandlungen, sondern voraussichtlich zugleich um eine künftige Wahlkampfparole, die einmal von durchschlagender Wirkung sein kann, wenn ihr rechtzeitig der Boden geebnet wird. Hier darf keine Zeit verloren werden, und es sollten darum alle Parteien der Linken im kommenden Herbst an einer Verständigung über diese Frage arbeiten."

Weiter macht die Frankfurter Zeitung auch einen Vorschlag, wie die Reform zunächst in gemäßigter Form" gestaltet werden könne. Sie regt die Bildung von Wahlkreisen mit fünf bis sechs Abgeordneten an, weil für eine solche Maßnahme eher eine Mehrheit zu finden sein werde als für ein radikales Proportionalwahlsystem über das ganze Reich hin.

Zu diesen Aeußerungen des Frankfurter Blattes fügt das Berliner Tageblatt die Meinung hinzu, daß der Proporz zunächst für die Großstädte erstrebt werden solle, während für die ländlichen Gebiete nur eine der heutigen Bevölkerungsverteilung entsprechende neue Wahlkreiseinteilung zu erstreben sei.

Die linksliberalen Blätter dürften sich aber selbst darüber nicht täuschen, daß alle ihre Vorschläge, so vorsichtig sie auch die Frage des Proporzes behandeln wollen, vorläufig noch keine Aussicht auf Verwirklichung haben. Ein Proportionalwahlverfahren, das ohne Hinterhältigkeiten die gerechte Verteilung der Mandate für alle Parteien erstrebt, muß nicht zum wenigsten der Sozialdemokratie zugute kommen. Daher ist es zweifellos, daß sowohl die Rechtsparteien des Reichstags als auch die Regierung für eine solche Reform nicht zu haben sind. Aber auch die Nationalliberalen — die Bundesgenossen der Frankfurter Zeitung und des Berliner Tageblattes — sind weit davon entfernt, ein gerechtes Proportionalverfahren gelten lassen zu wollen. Die Nationalliberalen haben oft genug bekundet, daß sie für Proportionalwahlen nur in dem Maße zu haben sind, wie sie selbst Mandatsvorteile erreichen können.

Selbstverständlich wird die Sozialdemokratie zu jeder Zeit, wie bisher schon stets, für die Proportionalwahlen eintreten. Aber wir müssen uns darüber im klaren sein, daß im Deutschen Reiche eine wirkliche Reform des Wahlsystems erst nach dem Sturze der junkerlichen und klerikalen Reaktion in Preußen möglich werden wird. Etwaige Proportionalvorschläge, die vor diesem preußischen Umschwung zur Erörterung in der Reichsgesetzgebung gelangen, müssen aber sorgfältig daraufhin beobachtet werden, ob sie nicht darauf ausgehen, Sondervorteile der anderen Parteien auf Kosten der Sozialdemokratie herbeizuführen. So würde der auch von den Nationalliberalen mehr und mehr befürwortete Proporz lediglich für die Großstädte auf ein gutes Geschäft für die Liberalen unter weiterer Benachteiligung für die Sozialdemokratie hinauslaufen. Da verwandelt sich leicht die prinzipiell gerechte Forderung in schwerste Ungerechtigkeit!

Die Teuerung.

Die enorme Steigerung der Fleischpreise in Berlin hat den Konsum von Pferdefleisch mächtig in die Höhe getrieben. So muß selbst die „Nordd. Allg. Zeitung" zugeben:

„Der Verbrauch von Pferdefleisch in Berlin hat seit Jahr und Tag infolge der Fleischteuerung ständig zugenommen. Die Berliner Roßschlächter müssen sich der Zentralroßschlächterei bedienen. Hier wurden nach einer Zusammenstellung des Statistischen Amts der Stadt Berlin in den ersten 6 Monaten dieses Jahres insgesamt 5924 Pferde geschlachtet und für den Verkauf freigegeben. Davon entfielen auf den Monat Januar 1120, Februar 955, März 1113, April 984, Mai 951, Juni 801. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrugen die Schlachtungen 4461 Stück. In diesem Jahre wurden also 1463 Pferde mehr geschlachtet. Der Monat Juli hat wiederum eine Steigerung erfahren und der laufende Monat dürfte infolge der eminenten Fleischpreiserhöhung einen Konsumrekord von 1000 Stück Pferden bringen. Im Laufe der letzten Monate sind in den vorherrschend von Arbeitern bewohnten Stadtvierteln 20 bis 30 neue Roßschlächtereien, d. h. Läden, in denen Roßfleisch und Roßfleischwaren verkauft werden, eröffnet worden."

Man darf annehmen, daß der Kanzler in seinem Ferienaufenthalt wenigstens sein Leib- und Magenblatt liest und damit doch erfährt, welchen Grad die Teuerung der Lebensmittel in Deutschland bereits erreicht hat.

Die Steuerdrückeberger

werden von der „Nordd. Allgem. Zeitung" in Schutz genommen. In einem beinahe eine Spalte langen Artikel weist sie die Angriffe des Justizrats Bamberger, der behauptet hatte, daß allein bei der Erbschaftssteuer 56 Mill. Mark an Steuern hinterzogen würden, zurück. Sie behauptet, Bamberger gehe von falschen Voraussetzungen aus und habe unzuverlässiges Zahlenmaterial seinen Berechnungen zugrunde gelegt.

Eine Statistik der Bestraften.

Wie das „Berliner Tageblatt" mitteilt, ist jetzt zum ersten Male eine Berechnung darüber angestellt worden, wieviele Millionen der deutschen Reichsbevölkerung wegen Verbrechen oder Vergehen gegen Reichsgesetze bestraft sind. Diese Berechnung hat die ungeheuerliche Tatsache ergeben, daß in Deutschland jede 72. Person wegen irgend eines Vergehens oder eines Verbrechens gegen Reichsgesetze bestraft ist, und zwar jedes 213. Mädchen, jeder 43. Knabe, jedes 25. Weib und jeder 6. Mann. Die Zahlen zeigen, so bemerkt das „Berliner Tageblatt", daß in Deutschland die staatliche Strafgewalt ungeheuerlich überspannt wird und daß die Verbrechensbekämpfung nachgerade in eine Strafsucht ausgeartet ist.

Die terrorisierte Polizei.

Die Polizeibeamten in Spandau hatten sich in Form einer kommunalen Vereinigung organisiert. Diese erst seit einigen Wochen bestehende Organisation hat sich jetzt wieder aufgelöst und der Vorsitzende gibt das durch folgende öffentliche Erklärung bekannt:

„Infolge des in letzter Zeit erfolgten Massenaustritts, hervorgerufen durch die Widerwärtigkeiten, denen die Mitglieder der Ortsgruppe infolge ihrer Zugehörigkeit zu der Vereinigung bisher ausgesetzt waren, sehen wir uns gezwungen, von der Ausübung dieses, unseres staatsbürgerlichen Rechtes Abstand zu nehmen und erklären wir daher, um die Existenz der einzelnen Kameraden nicht zu gefährden, hiermit die Ortsgruppe für aufgelöst."

Daß die Polizei den Terrorismus der Kreise zu fühlen bekommt, deren Interessen sie zu bewahren und zu behüten hat, ist eigentlich kein übler Witz. Vielleicht bringen diese terrorisierten Polizisten künftig dem Kampf der klassenbewußten Arbeiterschaft gegen den Terrorismus etwas mehr Verständnis entgegen.

Fleischkrieg in Württemberg.

In zahlreichen Städten Württembergs ist eine starke Bewegung gegen die Fleischermeister im Gange. Leider ist es eine alltägliche Erscheinung, daß, wenn die Preise anziehen, immer so und so viele gewissenlose Zwischenhändler die Gelegenheit benutzen, noch besondere Extraprofite zu machen. So haben auch die württembergischen Metzger die auf den Viehmärkten eingetretene Erhöhung der Preise sich in einer Weise zunutze gemacht, die vor allem bei der Arbeiterschaft, aber auch bis weit in bürgerliche Kreise hinein, helle Empörung hervorrufen mußte. Der Fleischaufschlag, der in vielen Gemeinden in den letzten Wochen von den Metzgerinnungen diktiert wurde, übersteigt stark die Grenze, die sich aus den gegenwärtigen Viehpreisen rechtfertigen läßt. In Landstädten, in denen bei weitem nicht die Unkosten in Betracht kommen, die der moderne Metzgereibetrieb in der Großstadt erfordert, ist kaum noch ein Pfund Fleisch unter 95 Pfg. zu bekommen, vielfach kostet es 1 Mark. Dabei werden meist geringe Qualitäten geführt. Die Arbeiterfrau bekommt so leicht keine erstklassige Ware, denn der kleinstädtische Metzger, der sein Publikum genau kennt, weiß, was er der Frau Amtmann, der Frau Regierungsrat, der Frau Sekretär und der Frau Hoftapezier schuldig ist. In zahlreichen Städten, so in Waiblingen, Backnang, Hall, Göppingen, Geislingen, Gmünd, Lorch haben nun stark besuchte Versammlungen sich mit der Fleischteuerung beschäftigt und beschlossen, solange die Metzger zu boykottieren, bis sie mit de mPreis wieder heruntergehen. In Gmünd, Lorch und einigen anderen Orten ist bereits ein voller Erfolg zu verzeichnen, der Aufschlag wurde im ganzen Umfang rückgängig gemacht. In anderen Städten nimmt der Kampf heftige Formen an, besonders in Göppingen, wo die Metzgerinnung ihre Mitglieder durch Androhung einer Konventionalstrafe von 1000 Mark verpflichtet hat, an den bekanntgegebenen Preisen festzuhalten. Der Boykott entfaltet aber selbst nach den Berichten der bürgerlichen Presse eine Wirkung, bei der es vielen Metzgern wenig angenehm zu Mute ist. Die Wirtschaften mit Metzgerei sind völlig verödet und in den übrigen Arbeiterwirtschaften wird kein Bissen Fleisch konsumiert. Die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben sich den freien Gewerkschaften, die die Führung in diesem Kampfe haben, angeschlossen. Den Arbeitern fällt die Durchführung dieses Boykotts nicht übermäßig schwer, denn der Preishochstand zwang sie vorher schon zur Einschränkung des Fleischgenusses in einem Maße, von dem es bis zur vollen Fleischenthaltsamkeit kein großer Schritt mehr ist. Auch niedere Beamte und kleine Gewerbetreibende nehmen zum Teil offenkundig an dem Kampfe teil. Es fehlt auch nicht an humoristischen Erscheinungen. In Waiblingen z. B. hatte ein Metzger am Tage nach dem Boykottierungsbeschluß alle Fleischwaren aus seinem Fenster entfernt und dafür frische Rettiche und Gurken ausgestellt. Soviel steht jetzt schon fest: Den Metzgern ist zum Bewußtsein gebracht worden, daß die Konsumenten eine Kontrolle darüber üben, ob die Ladenpreise im angemessenen Verhältnis zu den Viehpreisen stehen.

Selbstverständlich wird in den Versammlungen, die stärker besucht sind als bei anderen Gelegenheiten, nicht versäumt, die wucherische Zoll- und Absperrpolitik gebührend zu beleuchten und die Oeffnung der Grenzen zu fordern.

Türkei.

Die Sache wird ernst. Nach den beim Ministerium des Äußern eingetroffenen Nachrichten erließ der König von Montenegro die Mobilmachungsordre. Die Pforte traf sofort Gegenmaßregeln.

Amerika.

Aus den Geheimnissen der amerikanischen Wahlmache. Ein bekannter Anhänger Tafts, Senator Penrose, ist der Mittelpunkt eines schweren politischen Skandals, weil Hearst einen Brief des Standard-Oil-Kapitalisten Archbold veröffentlicht hat, laut dem Penrose im Jahre 1904 25 000 Dollar von diesem erhalten hat. Penrose erklärt nunmehr, diese Summe sowie weitere 100 000 Dollar als Campagnebeitrag für Roosevelts Wahl bekommen zu haben, worüber indessen der Brief, der ganz persönlich gehalten ist, nichts sagt. Im Senat zur Rede gestellt, sagte Senator Penrose weiter, nach seinen Informationen habe Perkins drei Millionen Dollar im Interesse der von ihm vertretenen Unternehmungen für die Nominierung Roosevelts als Präsidentschaftskandidat gezeichnet. Archbold von der Standard Oil Company habe im Jahre 1904 125 000 Dollar zu der Präsidentschaftswahl Roosevelts geliefert, davon seien 100 000 mit dem Wissen und der Zustimmung Roosevelts für seine Wahl verwandt worden. Demgegenüber erklärt Roosevelt, daß er die Annahme von Beiträgen von Archbold und den übrigen Mitgliedern der Standard Oil Company ausdrücklich verbot.

In Nikaragua ist zur Abwechslung wieder eine Revolution ausgebrochen. Offiziellen Nachrichten zufolge, die in Washington eingetroffen sind, ist die gesamte Armee der Regierung von Nikaragua, 7000 Mann stark, von den Insurgenten in der Nähe von Leon vernichtet worden. Gefangene seien nicht gemacht, sondern alles niedergemetzelt worden. Die Regierung der Vereinigten

Staaten von Nordamerika hat dem in Kolon stationierten 10. Infanterieregiment Befehl erteilt, sich bereitzuhalten, um sofort über die Grenze gehen zu können. Ferner wird eine Landungstruppe von 2500 Mann mobilisiert.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 24. August.

Die Lübecker Liberalen gegen die Gleichberechtigung der Frauen. Daß ein großer Teil der Lübecker Liberalen entschiedene Gegner der Gleichberechtigung der Frauen sind, haben sie vor einiger Zeit öffentlich in der hiesigen Bürgerschaftssitzung ausgesprochen, als die Anstellung eines weiblichen Schulleiters für eine höhere Mädchenschule beraten wurde. Am letzten Donnerstag, da die Liberale Volkspartei Lübecks sich in einer Versammlung mit ihrem kommenden Parteitag in Mannheim beschäftigte, wurde die gleiche Stellungnahme gegen die Frau durch einen Beschluß ausdrücklich festgelegt. Nach den Berichten bürgerlicher Blätter fand eine lebhafte Debatte über den von einem weiblichen Mitgliede gestellten Antrag statt, im Organisationsstatut der Partei die Forderung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frau festzulegen. Die Ansichten darüber waren sehr geteilt. Da im Parteistatut schon die Erweiterung der Rechte der Frauen festgelegt ist, hielt man die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann für viel zu weitgehend, weil die Frau niemals imstande sei, dem Staate gegenüber das zu leisten, was der Mann leiste und leisten müsse. Die Frau sei mit dem Mann wohl gleichwertig, aber nicht gleichartig, und die Behauptung der Frauenrechtlerinnen, daß über 9 Millionen deutscher Frauen im Erwerbsleben stehen, sei nicht stichhaltig, weil man auch alle die weiblichen Personen mitgezählt habe, die im Hausstand als Dienstmädchen und zur Hilfe der Hausfrau beschäftigt werden. Die Frau sei von der Natur dazu bestimmt, der Vermehrung des Volkes zu dienen und im Hause das Familienleben zu fördern. Beides leide aber, wenn der Frau vom Staate die gleichen politischen Rechte wie dem Manne eingeräumt würden. Der Einwurf, daß die im Erwerbsleben stehende Frau dieselben Steuern zahlen müsse wie der Mann, sei nicht stichhaltig, denn nicht für das Wahlrecht würden die Steuern gezahlt, sondern für den Schutz des Staates, den der Steuerzahler genieße. Von den anwesenden Frauenrechtlerinnen und auch von männlicher Seite wurde dagegen betont, daß der Parteitag die Forderung der Frauen unzweifelhaft annehmen werde, weil der Antrag von den verschiedensten Landesorganisationen gestellt sei, um sich die politische Mitarbeit der Frau zu sichern. Man habe bei einer früheren Gelegenheit die Fortschrittliche Volkspartei die Partei der verpaßten Gelegenheiten genannt. Dieser Vorwurf werde an Berechtigung gewinnen, wenn man jetzt an den Forderungen der Frauen achtlos vorübergehe. Die Freisinnige Vereinigung habe die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau schon früher gefordert, die Nationalliberalen wollen den Frauen erweiterte Rechte einräumen, und die Konservativen hätten manche Forderung der Frau anerkannt, da könnte die Partei sich doch nicht zurückhaltend zeigen, welcher die deutsche bürgerliche Frau sich angeschlossen habe. Die Abstimmung ergab mit einer Mehrheit von zwei Stimmen, daß die Delegierten der Lübecker Liberalen Volkspartei auf dem Parteitag in Mannheim der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frau nicht zustimmen sollen. — Wir haben den Bericht so ausführlich wiedergegeben, weil derselbe die Rückständigkeit der Liberalen bezüglich der Frauenfrage so ausgezeichnet widerspiegelt. Die Frau ist danach die Gebärmaschine, die in dieser Eigenschaft leiden würde, wenn sie die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie der Mann besitzt. Das Wahlrecht ist gerade in Lübeck — leider — und anderswo nach der Steuerleistung geregelt; dennoch sagen die „Fortschrittler", weils gerade so paßt, daß die Steuerleistung für das Wahlrecht nicht in Betracht komme, — da ja auch die erwerbstätigen Frauen Steuern zahlen müssen. Aber man hätte doch die politische Mitarbeit der Frau gern, und nur deshalb — nicht etwa aus Gerechtigkeitsgefühl — wollen verschiedene Landesorganisationen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau fordern. Die Herren Klein, A. Pape und J. Heise werden in Mannheim die Forderung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frauen niederstimmen helfen.

Amtsblattmärchen. Die „Lübeckischen Anzeigen" verbreiteten, wie das auch von den anderen gesinnungsverwandten Zeitungsgeschwistern geschah, am Donnerstag folgende Meldung:

Wer nicht pariert — der fliegt. Magdeburg, 21. Aug. Nachdem bekannt geworden ist, daß der hiesige Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Landsberg bei dem letzten Kaiserhoch im Reichstagssaale anwesend blieb, obgleich er von seinem Fraktionsgenossen Rechtsanwalt Dr. Liebknecht zuvor dreimal zum Verlassen des Saales aufgefordert worden war, soll nach der Meldung einer hiesigen Zeitung von Berlin aus für den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Chemnitz ein Antrag auf Ausschließung Landsbergs aus der Partei vorbereitet sein. Ein vom Wahlkreise Niederbarnim beabsichtigter Antrag, dem Abgeordneten Landsberg nur eine Rüge zu erteilen, wurde zurückgezogen.

Die Quelle dieser Mär dürfte die „Magdeburgische Zeitung" sein, die den Schmerz vom 12. Januar noch immer nicht verwinden kann. Aber die dummen Amts- und Kreisblätter greifen eben nach jedem Strohhalm einer Möglichkeit, der Sozialdemokratie eins auszuwischen. Ein Ausschlußantrag wäre vor allen Dingen an den zuständigen Bezirksvorstand zu richten, und zweitens würde er sicher abgelehnt werden, da ein einmaliger Verstoß gegen die Beschlüsse der Organisation noch lange keinen Ausschlußgrund bietet, und die Fraktion ist noch nicht mal eine Organisation im Sinne des Parteistatuts. Auch in dieser Beziehung sind die Rechtsgarantien innerhalb der Sozialdemokratie größer, als ein nationalliberaler Redakteur sie sich vorstellen kann. Tatsache ist lediglich, daß die Genossen auf der Generalversammlung des Kreises Potsdam-Osthavelland sich mit dem „Falle Landsberg" beschäftigt haben und daß Genosse Liebknecht das Verhalten Landsbergs als „kindische Demonstration" bezeichnet hat. Irgendein Antrag ist dazu nicht gestellt worden. Und in Niederbarnim, wo nach bürgerlichen Blättern ein Antrag eine Rüge für Landsberg forderte, ist dieser Antrag noch vor der Abstimmung wieder zurückgezogen worden. Und auf dem Parteitag wird vielleicht manches tadelnde Wort fallen, aber von irgendeinem Beschluß wird man sicher absehen, nachdem die Magdeburger Genossen den Fall Landsberg bereits erledigt haben.

Kaufmannsgerichtswahlen. Das hiesige Stadt- und Landamt erläßt folgende Bekanntmachungen: Anlegung der Wählerlisten für die Kaufmannsgerichtswahl. Im Oktober d. J. hat die Wahl von 24 Beisitzern für das Kaufmannsgericht zu Lübeck an Stelle der im Jahre 1908 gewählten Beisitzer, deren Amtszeit mit Ablauf dieses Jahres endet, stattzufinden. Dabei ist folgendes zu beachten: Hinsichtlich des Wahlrechts gelten als Kaufleute diejenigen Handelsgewerbetreibenden, welche mindestens einen Handlungsgehilfen oder Handlungslehrling regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen. Ihnen stehen im Wahlrecht gleich die Mitglieder des Vorstandes einer Aktiengesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft oder einer als Kaufmann geltenden juristischen Person sowie die Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Handlungsgehilfen im Sinne des Reichsgesetzes, betreffend Kaufmannsgerichte, sind solche, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt den Betrag von 5000 Mk. nicht übersteigt. Die in Apotheken beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge gelten nicht als Handlungsgehilfen. Zur Teilnahme an der Wahl ist nur berechtigt, wer die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt, das 25. Lebensjahr vollendet hat und im Bezirke der Stadtgemeinde Lübeck seine Handelsniederlassung hat oder beschäftigt ist. Nicht wahlberechtigt sind Personen weiblichen Geschlechts, Personen, welche die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben, Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann, und Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind. Die Wahl geschieht nach Wahlbezirken. Zum Zwecke der Wahl werden vom Stadt- und Landamt für jeden Wahlbezirk gesonderte Wählerlisten der Kaufleute und der Handlungsgehilfen angelegt. Die Wähler werden in die Wählerliste für denjenigen Wahlbezirk aufgenommen, in welchem die Handlungsniederlassung des Kaufmanns oder die Beschäftigungsstätte des Handlungsgehilfen liegt. Im Zweifelsfalle ist der Ort maßgebend, von dem aus der Betrieb geleitet wird. Maßgebend für die Eintragung ist der Tag der Anmeldung. Jeder Wähler darf das Wahlrecht nur in einem und zwar in dem Wahlbezirke ausüben, in dessen Wählerliste er aufgenommen ist. In die Wählerlisten werden nur diejenigen aufgenommen, welche sich zur Aufnahme anmelden. Die Anmeldung kann mündlich oder schriftlich, persönlich oder durch einen Beauftragten geschehen. Vollmachten sind stempelfrei. Aufträge sind auf Erfordern nachzuweisen. Jeder der sich anmeldende Wähler hat sich auf Erfordern über seine Wahlberechtigung auszuweisen. Abgesehen von dem Nachweise des gesetzlichen Alters und der deutschen Reichsangehörigkeit kommt dafür namentlich in Betracht für einen Kaufmann ein Auszug aus dem Handels-, Genossenschafts- oder Gesellschaftsregister oder der Gewerbeanmeldeschein, für einen Handlungsgehilfen ein Zeugnis des Prinzipals oder dessen Vertreters oder des Polizeiamts, durch welches die Leistung kaufmännischer Dienste in einem Handelsgewerbe gegen Entgelt von nicht mehr als Mk. 5000 jährlich bescheinigt wird. Die Berücksichtigung anderer Beweismittel ist nicht ausgeschlossen. Wird die Wahlberechtigung als nachgewiesen anerkannt, so erhält der Angemeldete einen auf seinen Namen lautenden und ihn als Kaufmann oder Handlungsgehilfen bezeichnenden Wahlberechtigungsschein, aus welchem auch der Wahlbezirk zu ersehen ist. Wird die Wahlberechtigung beanstandet, so erhält der Angemeldete auf sein Verlangen einen Schein, welcher die Ursache der Beanstandung kurz bezeichnet. Innerhalb dreier Werktage nach Empfang des Scheines kann der Angemeldete unter Vorlegung des Scheines das Kaufmannsgericht anrufen, welches endgültig über das Wahlrecht entscheidet. Die Anmeldungen zur Aufnahme in die Wählerlisten haben im Statistischen Amt, Fleischhauerstraße 18 II. Obergeschoß, in der Zeit vom 28. August bis 10. September ds. Js. zu geschehen und zwar an den Werktagen von 10—6 Uhr. Vorschlagslisten für die Kaufmannsgerichtswahl. Die im Oktober d. J. stattfindende Wahl von 24 Beisitzern für das Kaufmannsgericht zu Lübeck findet nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt, derart, daß neben den Mehrheitsgruppen auch die Minderheitsgruppen entsprechend ihrer Zahl vertreten sind. Die Stimmabgabe ist auf Vorschlagslisten beschränkt. Die Beisitzer müssen zur Hälfte aus den Kaufleuten und zur Hälfte aus den Handlungsgehilfen entnommen werden. Die ersteren werden durch Wahl der Kaufleute, die letzteren durch Wahl der Handlungsgehilfen berufen. Zum Beisitzer soll nur berufen werden, wer das 30. Lebensjahr vollendet, in dem der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder seine Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder die empfangene Armenunterstützung erstattet hat und im Bezirke der Stadtgemeinde Lübeck seit mindestens zwei Jahren seine Handelsniederlassung hat oder beschäftigt ist. Zu Beisitzern können nicht berufen werden Personen weiblichen Geschlechts, Ausländer, Personen, welche die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben, Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann, und Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind. Die zur Teilnahme an der Wahl Berechtigten werden aufgefordert, Vorschlagslisten der zu wählenden Beisitzer aufzustellen und sie spätestens am 10. September im Statistischen Amt, Fleischhauerstraße 18, 2. Obergeschoß von namentlich bezeichneten Personen einreichen zu lassen. Jede Liste hat den Namen von zwölf wählbaren Personen, Kaufleuten oder Handlungsgehilfen, zu enthalten. Enthält eine Liste mehr als zwölf Namen, so bleiben die überschüssigen am Schlusse unberücksichtigt. Dieselbe wählbare Person darf auf mehreren Listen genannt sein. Jede Liste muß von mindestens 20 wahlberechtigten Kaufleuten oder Handlungsgehilfen unter Bezeichnung eines für etwa erforderliche Verhandlungen bevollmächtigten Vertreters unterschrieben sein. Personen, welche mehr als eine Liste unterzeichnen, bleiben unberücksichtigt. Vordrucke für die Vorschlagslisten sind im Statistischen Amt zu haben. Die eingereichten Vorschlagslisten werden vom Stadt- und Landamt geprüft und, wenn sie wesentlichen Anforderungen nicht entsprechen, dem Vertreter der Unterzeichner zur Richtigstellung zurückgegeben. Sie sind berichtigt oder ergänzt bei Meidung der Ungültigkeit bis zum 1. Oktober wieder einzureichen.

Die Preiserhöhung im Schuhmachergewerbe. Wir erhalten von Herrn Schuhmacher Tschüter hier eine Zuschrift, in der er betont, daß er in der Versammlung der selbständigen Schuhmacher Lübecks, über die wir gestern berichteten, nicht von einer Notlage im Gewerbe gesprochen, sondern sich nur gegen die Errichtung einer Zwangsinnung gewandt habe. Eine gewisse Notlage für alle ohne Hilfsmaschinen arbeitenden Schuhmacher sei seiner Meinung nach allerdings vorhanden.

Eine Leichenfahrt. Gestern morgen gegen 7 Uhr starb der 57 Jahre alte Klempner Kormann aus Österreich-Ungarn, zuletzt wohnhaft in Krempelsdorf, nach Feststellung des Arztes an Vergiftung. Gestern abend gegen 7½ Uhr kam ein Rollwagen, beladen mit vier Klappen gepreßtem Stroh und einigen Säcken und hielt bei dem Wirt Wiese. Nach Fragen des Wirtes an den Kutscher, was er wünsche, gab der ihm zur Antwort, er wäre vom Gemeindevorsteher beordert, den Toten abzuholen. Ja, meinte der Wirt, ob er denn einen Wagen bei sich hätte. Natürlich, sagte der Kutscher, der steht draußen. Er wünschte nur noch einen Mann, der ihm den Toten, der nur mit einem Hemde bekleidet war, mit anfassen möchte. Jedoch kam ihm der Wirt zuvor und erwiderte, so käme der Tote nicht aus seinem Hause. Sollte die Gemeinde nicht so viel Geld haben, um den Toten wenigstens menschlich wegzufahren, dann würde er (Wiese) die Kosten tragen; denn wenn ein Hund oder eine Katze stirbt, so werden sie in einem verdeckten Wagen abgeholt, ein Mensch ist gut genug für einen offenen Wagen. Da der Kutscher einsah, daß er nichts ausrichten konnte, verließ er wieder den Ort. Dieser geradezu unglaubliche Vorgang fordert zur schärfsten Kritik heraus. In den Worten des Herrn Wiese, dessen Verhalten alle Anerkennung verdient, ist diese Kritik schon enthalten. Mit allem Nachdruck muß dem Veranlasser des geplanten unwürdigen Leichentransports zu Gemüt geführt werden, daß auch ein Klempner ein Mensch ist oder war — sozusagen!

Extra billige Fahrten nach Travemünde auch an Sonntagen führt Herr Iwan Wetterich mit seinem Dampfer „Freya" für den Schluß der Saison von morgen Sonntag, den 25. August ein. Die Fahrt kostet 50 Pfg., für Kinder unter 12 Jahren 25 Pfg. und berechtigt die Fahrkarte zur Rückfahrt an demselben Tage. Der Dampfer ist mit einem festen Schutzdach und 2 großen 140 Personen fassenden Kajütten versehen, so daß bei ungünstigem Wetter die Fahrgäste Unterkunft haben. Die Abfahrt erfolgt nachmittags 2 Uhr von der Sophienstraße, 2.05 von der Mühlenbrücke, 2.10 von der Hüxtertorbrücke und 2.20 von der Struckfähre. Die Rückfahrt von Travemünde (Prinzenbrücke) ist bis zum 31. August um 6.30, vom 1. September um 6 Uhr. Nachmittags 4½ Uhr finden, von Travemünde aus, Fahrten in See statt. Fahrpreis für Erwachsene 50 Pfg., Kinder unter 12 Jahren 25 Pfg. Hoffentlich setzt bald besseres Wetter ein, damit die günstige Gelegenheit noch recht fleißig vom Publikum benutzt werden kann. Wir weisen auf die Annonce in der heutigen Ausgabe hin.

Zur beabsichtigten Landungsfahrt des Luftschiffes „Hansa" nach Lübeck. Man schreibt uns: Die Direktion hat den Anmeldetermin für die Beteiligung an einer der beiden zweistündigen Fahrten auf Ersuchen des Herrn Möller noch um einige Tage verlängert, sodaß schriftliche Anmeldungen noch von Herrn Möller entgegengenommen werden können. Nachdem sich inzwischen einige Damen und Herren für die Fahrt Hamburg—Lübeck sowohl als auch Lübeck—Hamburg verpflichtet haben, dürften sich auch die weiteren Teilnehmer finden und scheint daher begründete Aussicht für das Zustandekommen des Besuches am Sonntag, dem 1. September zu sein.

Der Zirkus Otto Mark, dessen großes Zelt auf dem Burgfelde steht, veranstaltet morgen Sonntag zwei Vorstellungen, die sicher vollbesetzt sein werden. Nachmittags 4 Uhr findet eine Kinder- und Familienvorstellung statt, zu der die Preise für Kinder besonders billig festgesetzt worden sind. Für abds. 8¼ Uhr ist eine große Haupt-Festvorstellung vorgesehen, in der das gesamte erstklassige Künstlerpersonal auftreten wird. Da der Zirkus Mark nur kurze Zeit in Lübeck verbleibt, so ist es ratsam, die Vorstellungen baldmöglichst zu besuchen. Die Darbietungen finden allabendlich stürmischen Beifall.

Neufeld. Achtung Parteigenossen! Die diesjährige Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentralvereins für das Fürstentum findet morgen, Sonntag, vorm. 10 Uhr im Lokale des Herrn O. Evers (Kl.-Mühlen) statt. Die Verhandlungen sind öffentlich. Es ist zu erwarten, daß die hiesigen Genossen und Genossinnen sich recht zahlreich als Zuhörer einfinden.

Hamburg. Ein entsetzlicher Unglücksfall, der einen tödlichen Ausgang nahm, ereignete sich am Freitag vormittag im Zollkanal beim Dovenfleth. Dort war der Sohn des Schiffers Behrig, Hermann Behrig, an Bord des Kahns Nr. 974 mit dem Löschen der Ladung beschäftigt. Plötzlich schlug die Winde zurück und traf den jungen Schiffer, der zu Boden stürzte und blutüberströmt liegen blieb. Der Schädel war ihm zertrümmert. Der im Beruf schwer verunglückte Mann wurde ins Hafenkrankenhaus transportiert, wo er den Ärzten unter den Händen starb.

Bremen. Lohnbewegung in der Bremer Tabakindustrie. Mittoch abend beschäftigten sich die Bremer Tabakarbeiter in einer stark besuchten Versammlung mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Heimarbeit, Beunruhigung der Tabakindustrie durch die Zoll- und Steuerpolitik, Verlegung der Fabrikation von einem Orte zum anderen, sowie auch die Lebensmittelteuerung haben dazu geführt, daß die Tabakarbeiter überall bittere Not leiden. Das können selbst die Fabrikanten nicht mehr bestreiten. Die Bremer Tabakarbeiter stimmten daher einem Antrage der Ortsverwaltung zu, wonach sämtlichen Fabrikanten die Forderung einer zehnprozentigen Lohnerhöhung unterbreitet werden soll.

Bremen. Liebesdrama. Ein in einer Apotheke in der Landwehrstraße beschäftigtes Dienstmädchen namens Dreßler gab gestern morgen auf ihren Liebhaber einen Schuß ab, ohne ihn zu verletzen. Während der Liebhaber auf das Dach des Hauses flüchtete, jagte sich das Mädchen eine Kugel in die Schläfe und starb kurz nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Der Aufruf im „Volksboten vom 16. cr. und die Absicht, auch in der dritten Hansestadt Lübeck eine Ortsgruppe der Naturfreunde zu gründen, hat auch in den Kreisen der Hamburger Arbeiterschaft lebhaftes Interesse hervorgerufen, daß sich zu der heute, Sonnabend, abend stattfindenden Versammlung 25—30 Hamburger Mitglieder der dortigen Ortsgruppe einfinden werden. Recht starker Besuch dieser Versammlung wird erwartet, da es zu zeigen gilt, daß auch die zielbewußten Arbeiter Lübecks Sinn für die Natur und für die Touristik haben.

Ein Naturfreund.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Der heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Wittenberger Dampf-Seifenfabrik Schumann u. Wille bei.

weil ich **Gaskoks** brenne!

Verkauf sowohl ab Lager bei der Drehbrücke

2808) als auch

ab Lager bei der Gasanstalt

Sonntag vormittag 7—9 Uhr.

Gaskoks grob und geschlagen.

Hartkoks in jeder Größe.

Briketts – Kohlen – Bries.

Heinrich Diestel.

Fleisch ist teuer!

In allen Verkaufsstellen

Pimp-Pimp-Pimp-

Hansa-Käse. Meierei.

Fleisch ist teuer!

(2655) **Das Riesenformat pro Stück 5 Pfg.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Mitgliedschaft Lübeck.

Einladung

zum

Sommerfest

bestehend in **Herren- und Damen-Preisschießen, Kindervergnügen, Konzert** und **Ball,** am

Sonntag, dem 25. August 1912,

im **Gewerkschaftshaus,** Johannisstraße 50-52.

Anfang 4 Uhr. **Ende 2 Uhr.**

Herren-Schießen vormittags von 11—1 Uhr, nachmittags von 4—8 Uhr. Kindervergnügen von 5—7 Uhr. Eintritt für Herren 30 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

2794) **Das Komitee.**

2705

Herren-Oelröcke

5.75 bis 7.50 M. usw.

Regenröcke

Regenkragen

Schülerkragen

4.50 5.00 7.50 M. usw.

Lodenkragen

Neuheiten in

Damen-Lodenpaletots

Mädchen-Regenkragen

Loden-Pelerinen

empfehlen 2797

Gebr. Barg

Kohlmarkt 5.

4 % in bar oder rote Rabattmarken.

Schirme

Gesangverein „Eiche".

Einladung zum

25. Stiftungs-Fest

bestehend in Gesangsvorträgen und Ball

am Sonntag, 1. September 1912,

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt 50 Pfg., einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

2785) **Der Vorstand.**

NB. Die Gesangsvorträge finden von 5—7 Uhr statt.

Gesangverein „Einigkeit"

(St. Gertrud).

Einladung zum Sommerfest

verbunden mit

Tombola, Preisschießen für Herren, Damen- und Kinder-Vergnügen

am Sonntag, dem 25. August 1912

im Lokale **Neu-Lauerhof.**

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.

Schießen von 11 bis 1 Uhr.

Bei günstiger Witterung: **Garten-Konzert.**

Karten im Vorverkauf 50 Pfg., an der Kasse 60 Pfg.

Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe. (2762

Ziehung der Tombola 9 Uhr abends. **Das Komitee.**

Bis zum 31. August

also nur noch

7 Tage

gelten die billigen Preise für alle

Brennmaterialien.

Lieferung von nur **erstklassigen** Qualitäten.

Vollste Garantie für **richtiges** Gewicht resp. Maß.

Bestellungen erbittet

Christian Gäde

Kontor Fischergrube 4. **Fernspr. 242.**

NB. Mein Lager bei der Drehbrücke ist **morgen Sonntag** von **6—9** Uhr geöffnet. (2807

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

109) **Billigste Preise.**

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

10.50 Mk. 12.50 Mk.

Rote Rabattmarken.

oder 4 Prozent bar.

15.50 Mk. 18.00 Mk.

107) **Alleinverkauf**

F. Baurenfeind, Mühlenstr. 34.

Nur kurze Zeit!

Zirkus Otto Mark

Auf dem Burgfeld! **Lübeck** Auf dem Burgfeld!

Sonnabend, abends 8½ Uhr:

Große Gala-Parade-Vorstellung

mit vollständig neuem Programm.

Sonntag, den 25. August, finden

2 große Fest-Vorstellungen 2

Nachmittags 4 Uhr kleine Preise. statt. **Abends 8½ Uhr** volle Preise.

Vorverkaufs-Billetts von vormittags 10 Uhr ab an der Zirkuskasse, im Zigarrengeschäft von **M. Niemeyer,** Breite Straße 63, Fernruf 1583, zu folgenden ermäßigten Preisen: Loge **2.70,** Sperrsitz **1.80,** I. Platz **1.—,** II. Platz **70** Pfg., Galerie (Stehpl.) **40** Pfg.

Kein Reklameunternehmen, sondern reelle Leistungen zirzensischer Künste in höchster Vollendung. (2805

Niemand versäume den Besuch.

Sämtliche Brennmaterialien

zu **billigsten Sommerpreisen** empfehlen **frei Haus** (2806

Telephon 1300. Gebr. Korf, Bleicherstr. 13.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 198. Sonnabend, den 24. August 1912. 19. Jahrg.

Die Nachwahlen für den Reichstag.

Nach Abschluß des Berichtes für den Jenaer Parteitag, also nach dem 1. Juli 1911, fanden noch drei Nachwahlen zur 12. Legislaturperiode des Reichstags statt. In Düsseldorf am 19. September, in Konstanz am 19. Oktober und in Ratibor am 27. Oktober. Alle drei Wahlen zeigten dasselbe Bild wie alle Nachwahlen nach 1909. Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und Verluste für die Parteien des blauschwarzen Blocks. Alle drei Mandate waren im Besitz des Zentrums, das zwei dieser Mandate verlor. Das Stimmenverhältnis im Vergleich mit den Resultaten von 1907 ist wie folgt:

	Bei den Hauptwahlen 1907			Bei den Nachwahlen		
	Abgegebene Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent	Abgegebene Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent
Düsseldorf . . .	70 396	25 389	36,2	70 175	34 071	48,58
Stichwahl . .	58 876	25 233	43,1	75 177	39 288	52,25
Konstanz . . .	25 620	2 565	10,—	29 211	3 384	11,56
Ratibor	22 465	1 294	5,8	18 351	1 800	9,81

Das Gesamtbild der Nachwahlen ließ Schlüsse auf das Ergebnis der Wahlen von 1912 zu. Während der Dauer der zwölften Legislaturperiode des Reichstages, also von 1907 bis zum Schlusse des Jahres 1911, fanden 49 Nachwahlen statt. In den 49 Wahlkreisen waren bei der Hauptwahl 1907 1 351 050 Stimmen abgegeben worden, wovon 341 424, also 25,27 vom Hundert, auf sozialdemokratische Kandidaten, und 1 009 626 Stimmen auf die Gegner entfielen. Bei den Nachwahlen wurden 1 235 834 Stimmen abgegeben, und zwar 865 161 für die Gegner, aber die Stimmenzahl für unsere Kandidaten stieg von 341 424 auf 870 673 = 30 vom Hundert. Die Gegner hatten also einen Verlust von 144 465, während wir einen Gewinn von 29 249 Stimmen zu verzeichnen hatten. In der ersten Zeit nach den Hauptwahlen kam es oft vor, daß unsere Genossen sich in solchen Kreisen, wo keine Aussicht vorhanden war, das Mandat zu gewinnen, sich nicht an den Wahlen beteiligten. Wenn diese Wahlen mitgezählt werden, gibt es ein unklares Bild. Scheidet man die Nachwahlen der Jahre 1907 und 1908 ganz aus und Rechnet nur die 34 Nachwahlen aus den Jahren 1909 bis 1911, dann gibt es folgendes Bild: Bei den Hauptwahlen 1907 waren in diesen 34 Wahlkreisen 987 472 Stimmen abgegeben, wovon 274 633 auf die sozialdemokratischen Kandidaten entfielen. Wir hatten also in diesen Kreisen 27,81 vom Hundert Stimmen. Unser Anteil war etwas geringer als der Durchschnitt im Reiche, wo der Anteil 28,9 vom Hundert betrug. Bei den Nachwahlen hatten wir von 897 318 abgegebenen Stimmen 309 482, also 34,49 Prozent. Diese 34 Nachwahlen ergeben das genaue Bild des Wahlresultats vom 12. Januar 1912. Es zeigt sich hier, daß die Verschiebung des Stärkeverhältnisses bereits 1909 eingetreten war. In der Wahlagitation mußte nun dahin gearbeitet werden, daß wir auch Gewinn von der größeren Wahlbeteiligung erlangten, die naturgemäß bei den allgemeinen Wahlen eintritt.

* * *

Zur 13. Legislaturperiode fanden fünf Nachwahlen statt, wovon drei auf vollkommen sichere Zentrumskreise entfielen. Hertling legte gleich nach der Eröffnung des Reichstages das Mandat für Münster-Coesfeld nieder, weil er bayerischer Ministerpräsident wurde, Becker-Köln trat in Waldbröl zurück, um dem in Köln durchgefallenen Trimborn ein Mandat zu verschaffen, und Roeren verzichtete auf das Mandat von Saarburg-Merzig, weil er in dem häuslichen Zwist des Zentrums in dem Kampf zwischen Berliner und Kölner Richtung zu den Unterlegenen gehört. Eine Neuwahl wurde durch das Ableben Albert Trägers im zweiten oldenburgischen Wahlkreise nötig, und ferner fand im ersten mecklenburgischen Wahlkreise eine Nachwahl statt, weil der Reichstag das Mandat Paulis für ungültig erklärt hatte.

Die Wahlresultate bei diesen Nachwahlen haben in mancher Beziehung Ähnlichkeit mit den Resultaten der Nachwahlen von 1907 und 1908. Wie am 4. Juli 1907 bei der Nachwahl im dritten oldenburgischen Wahlkreise unsere Genossen sich nicht an der Wahl beteiligten, obwohl sie bei der Hauptwahl 3215 gegen 16 186 Zentrumsstimmen gehabt hatten, so beteiligten sie sich auch nicht bei der Nachwahl in Münster-Coesfeld. Sie hatten am 12. Januar zwar 2541 Stimmen aufgebracht, aber Freiherr von Hertling hatte 25 728 Stimmen erhalten. Die Wahl des Zentrumskandidaten stand also fest. Ähnlich verhielten sich unsere Genossen in Waldbröl und Saarburg-Merzig. Nachwahlen, bei denen wir in einen ernsthaften Kampf eintraten, waren Oldenburg II und Hagenow-Grevesmühlen. Im zweiten oldenburgischen Wahlkreis hatten wir am 12. Januar von 29 593 abgegebenen Stimmen 13 014 Stimmen, also 44 von 100 abgegebenen Stimmen, erhalten. Bei der am 26. April stattgefundenen Nachwahl erhielten wir von 26 356 abgegebenen Stimmen 12 557, also 47,87 vom Hundert, und bei der Stichwahl am 9. Mai erhielt Genosse Hug von 29 632 abgegebenen Stimmen 13 977, also 47,17 vom Hundert. Der Stimmenverlust von 457 im Vergleich zur Hauptwahl wird darauf zurückgeführt, daß eine Anzahl Arbeiter verzogen und die Seefischer von der Unterweser, die am 12. Januar zum größten Teile zu Hause waren, sich am 26. April auf See befanden. Noch größer war unser Stimmenverlust in Hagenow-Grevesmühlen. Dort hatten wir am 12. Januar von 19 356 abgegebenen Stimmen 6151, also 31,8 vom Hundert, erhalten. Am 20. Juni erhielten wir von 18 121 abgegebenen Stimmen 4291, also 23,68 vom Hundert. Hier hatten wir also einen Verlust von 1860 Stimmen zu verzeichnen. Auch hier wird die Abwesenheit vieler Arbeiter als Grund für den Stimmerverlust angegeben. Allein in Boitzenburg und Umgegend, wo man an der Hand der Wählerlisten agitierte, wurden über 800 Arbeiter als verzogen gemeldet. Ein großer Teil der Bauhandwerker und der ungelernten Arbeiter zieht im Sommer nach Hamburg und Lübeck. Der Fortzug allein erklärt aber nicht den Stimmenverlust, denn mancher Arbeiter, der sonst nur am Sonnabend in die Heimat kommt, ist auch zur Wahl erschienen. Mehr noch als die Stimme kommt die Agitationskraft in Betracht. Der Bauhandwerker, der in der Großstadt arbeitet, ist in seinem Wohnort unabhängig. Er ist der Agitator, der vor den Wahlen seine Freunde und Schulkameraden bearbeitet und sie mit zur Wahl nimmt. Kommt er auch selbst am Wahltage zum Wählen, so fehlt ihm doch die Gelegenheit, so zu wirken, wie er dann wirkt, wenn er zu Hause ist und an den langen Winterabenden Zeit hat, sich mit den Landarbeitern zu unterhalten. Das Fehlen von einigen hundert Hausagitatoren erklärt in solchem rein ländlichen Kreis den Stimmenrückgang von 1860 viel eher, als daß man annimmt, daß die in der Stadt arbeitenden Genossen selbst nicht zur Wahl erschienen sind. Der Rückgang unserer Stimmen hatte zur Folge, daß der Freisinnige mit dem Konservativen in die Stichwahl kam und dadurch die Konservativen das Mandat verloren. Jetzt haben die Konservativen von den sieben Mandaten des junkerlichen Mecklenburgs nur noch ein Reichstagsmandat.

Wir marschieren.

Ein schönes Bild von dem Fortschreiten unserer Bewegung liefert der Abschnitt des Parteivorstandsberichtes, der die Landtagswahlen behandelt. Derselbe besagt: Gänzlich neu gewählt wurden die Landtage von Schaumburg-Lippe, Oldenburg, Elsaß-Lothringen, Schwarzburg-Rudolstadt, Bayern und Koburg-Gotha. Da der am 10. November 1911 gewählte Landtag für Schwarzburg-Rudolstadt am 4. März 1912 wieder aufgelöst wurde, so hatte dieses Ländchen zweimal Landtagswahlen, mit bestem Erfolg für die Partei.

Ferner fanden in Hessen, Lübeck und in Bremen, wo immer nur ein Teil der Abgeordneten ausscheidet, Neuwahlen statt. Außerdem waren in vielen Wahlkreisen, wo das Mandat durch Tod oder aus anderen Gründen erledigt war, Neuwahlen. Sämtliche Neuwahlen lieferten Beweise für das Fortschreiten unserer Partei. Den Siegeszug eröffnete das kleine Schaumburg-Lippe. Bei den Wahlen 1906 hatten unsere Genossen 967 Stimmen aufgebracht, 1911 stimmten 1630 Wähler für sozialdemokratische Kandidaten. Wir eroberten ein Mandat und brachten zwei Genossen zur Stichwahl. In den Stichwahlen stiegen unsere Stimmen noch, jedoch wurde kein weiteres Mandat erobert.

Am 29. September waren die Neuwahlen in Oldenburg. Dort wurde auf Grund eines neuen Wahlrechts gewählt. Nach diesem Gesetz ist in Oldenburg jeder Deutsche, welcher zur Zeit der Wahl das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet und mindestens seit drei Jahren seinen Wohnsitz im Großherzogtum hat, wahlberechtigt. Über 40 Jahre alte Wähler haben zwei Stimmen. Weil dieses Gesetz von dem früheren Gesetz wesentlich abweicht, sind die Stimmen mit den bei früheren Wahlen abgegebenen Stimmen nicht vergleichbar. Abgegeben wurden:

Für die Sozialdemokratie	48 788	Stimmen
„ die Fortschrittliche Volkspartei	40 485	„
„ die Nationalliberalen	26 813	„
„ das Zentrum	24 003	„
„ den Bund der Landwirte . .	11 279	„
Zusammen	151 368	Stimmen

Wir erhielten von je 100 abgegebenen Stimmen 32,23 Stimmen. Bemerkenswert ist, daß in einem Lande mit bedeutender Landwirtschaft die Agrarier eine so jämmerliche Niederlage erlitten. Zentrum und der Bund der Landwirte brachten es noch nicht auf 25 Proz. der Stimmen. Oldenburg hatte 1907 59 106 landwirtschaftliche Betriebe, darunter 35 808, die Großvieh halten. Von der oldenburgischen Bevölkerung lebten 173 764, also 38,59 Proz., von Landwirtschaft, somit ein erheblich größerer Teil wie in Preußen, wo nur 28,59 Proz. von Landwirtschaft leben.

In der Hauptwahl eroberten unsere Genossen 8 Mandate und in der Stichwahl noch 4 Mandate, so daß in dem aus 45 Abgeordneten bestehenden Landtag 12 Sozialdemokraten sitzen.

Zum erstenmal hatte auch Elsaß-Lothringen auf Grund seiner neuen Verfassung einen Landtag zu wählen. Bei den am 22. Oktober stattfindenden Hauptwahlen wurden Stimmen abgegeben:

Für Sozialdemokraten	70 274
„ Zentrum	117 442
„ Nationalbündler	1 170
„ Lothringischen Block	25 096
„ Unabhängige	11 693
„ Liberale	55 682
„ Demokraten	8 525
„ Wirtschaftliche Vereinigung .	684
Zusammen	290 566

Bei der Reichstagswahl wurden 348 954 Stimmen abgegeben, wovon unsere Partei 110 675 erhielt. Die geringere Stimmenzahl bei der Landtagswahl zeigt, daß ein großer Teil der Reichstagswähler nicht das Landtagswahlrecht besitzt. Die Arbeiter werden am stärksten benachteiligt. Während unsere Genossen bei der Reichstagswahl von 100 Stimmen 31,7 erhielten, bekamen sie bei der Landtagswahl nur 24,2 vom Hundert. In der Hauptwahl wurden 5 Sozialdemokraten gewählt. In den am 29. Oktober stattgefundenen Stichwahlen errangen unsere Genossen noch 6 Mandate, so daß in dem mit 60 Abgeordneten besetzten Landtag 11 Sozialdemokraten sitzen.

Hessen ist der Bundesstaat, in welchem die Regierung schon seit langer Zeit eingesehen hat, daß das alte Wahl-

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppius.

(3. Fortsetzung.)

„Seien Sie meinetwegen böse, ich kann mir nicht helfen!“ unterbrach ihn der andere, „ich muß mich ärgern, daß mir das Frauenzimmer meine erste Freude im neuen Lande verdirbt. Leben Sie wohl, Professor, denn zu raten ist Ihnen doch nicht; glauben Sie aber, daß mir die Stunden immer die liebste Erinnerung sein werden, in denen Sie uns auf dem Schiffe die Quartetten einpaukten!“ Er hatte sich erhoben, faßte mit einem lebhaften Drucke Reichardts Hand und wandte sich dann dem Hintergrunde des langen Raumes zu, unter den übrigen Gästen verschwindend.

Reichardt hatte ihm mit einem Kopfschütteln nachgesehen und wandte sich dann langsam dem Ausgange zu. Er war sich vollkommen klar, daß der Kupferschmied für die Dauer keine Gesellschaft für ihn gewesen wäre, demohngeachtet tat ihm der rasche Abschied fast leid, und je weiter er den Weg nach seiner neuen Wohnung verfolgte, je mehr wollten einzelne Äußerungen des Reisegefährten einen Schein von absoluter Vernunft annehmen. Seine Barschaft war auf kaum mehr als zwei Monate Unterhalt berechnet und von Matildens Verhältnissen kannte er durchaus nichts — demohngeachtet, wenn er sich ihre ganze Haltung zurückrief, erschien es ihm unmöglich, daß sie sich einzig auf seine Sorge für ihren vorläufigen Unterhalt verlassen haben konnte; und je mehr er sich des Mädchens ganzes Wesen vergegenwärtigte, je mehr empfand er auch wieder den Zauber, den sie während der langen Reise auf ihn ausgeübt, und des Kupferschmieds Voraussetzungen begannen sich in wahre Lästerungen zu verwandeln.

Ein Bratenduft, der aus einer der unterirdischen Restaurants heraufdrang, erinnerte ihn endlich, daß er seit dem letzten Schiffsfrühstück noch nichts genossen habe, und was noch von der Begegnung mit dem Kupferschmied Störendes in ihm zurückgeblieben war, ging in der ersten kräftigen Mahlzeit nach den langen Entbehrungen der Seereise unter.

Als er sein Boardinghaus wieder erreicht, sandte ihn die Wirtin nach dem Zimmer der „Schwester“, die längst auf ihn warte, und den Eintretenden empfing dort bereits der süße Duft, welcher mit jeder eleganten Frau in ihre Wohnung einzuziehen scheint. Matilde, welche die Straße beobachtet zu haben schien, eilte mit einem klaren Lächeln auf ihn zu und führte ihn nach dem zweiten Stuhl am Fenster. Ihr Gesicht hatte die Frische und Lebendigkeit gewonnen, ihr Auge leuchtete ihm in einem ungewohnten Glanze entgegen, und Reichardt meinte erst jetzt den Reiz, der in ihrer Erscheinung lag, ganz zu empfinden.

„Ich denke, wir sind hier recht gut angekommen,“ begann sie, „wenigstens scheint mir die Wirtin eine so gutmütige Seele, daß sie alles tun wird, um mir die Wege für eine künftige Existenz zu zeigen — und jetzt, Bruder Max, wollen wir gleich miteinander voll ins Klare kommen. Du wirst mich nicht fragen: woher kommst Du, und was bist Du gewesen? Ich habe seit heute morgen abgeschlossen mit der Vergangenheit und bin nichts als Deine Schwester!“ Sie reichte ihm die Hand, zog sie aber mit einem Lächeln voll leichten Errötens zurück, als Reichardt fest seine beiden Hände darum schloß. „Brot, sagtest Du, ist vor allem die Hauptsache,“ fuhr sie fort, „und ich will gleich gestehen, daß mich damals über die Frage, wie es zu erwerben, eine Art Bangigkeit überlaufen hat — ich will arbeiten mit allen Kräften, ich verstehe mancherlei; aber ich weiß, daß ich bei Beschäftigungen, die aus dem Menschen eine halbe Maschine machen, zugrunde gehen würde. Ich habe nie mit der Nadel in der Hand auf dem Stuhle aushalten können — es mag das schlimm scheinen in einer Lage, wie meine jetzige, aber ich denke, ich werde darüber hinauskommen. Ich verstehe französisch, ich habe als vorzügliche Vorleserin gegolten, ich habe eine Schulbildung, die mich wohl zu einer Lehrerin befähigt — wir werden ja sehen, heute will ich mir den Kopf noch nicht damit schwer machen. Es ist, seit ich mir bewußt geworden bin, von keinen Banden beengt in dem großen freien Lande zu stehen, mein eigenes Schicksal ganz in meiner Hand zu haben, ein Hochgefühl über mich gekommen, das ich mir wenigstens den ersten Tag nicht verderben will. — Aber hier eine noch größere Hauptsache,“ fuhr sie aufspringend fort und nach einigen Goldstücken auf der Kommode greifend, „hier ist mein Kostgeld für die ersten vier Wochen, damit sind diese Sachen erledigt — und nun, Bruder Max, dort ist die Violine, die ich habe hersetzen lassen; jetzt noch einmal zum Abschied von allem, was hinter uns liegt: „Zieh'n die lieben gold'nen Sterne,“ ich möchte mich gern ein einziges Mal dabei so gehen lassen, wie es mir schon lange im Herzen liegt und ich es auf dem Schiffe nicht durfte.“

Für Reichardt war es fast, als sei eine graue Nebelhülle, welche bisher über dem Mädchen gehangen, von ihr gefallen; er gab sich dem Eindrucke, welchen die eigentümliche Veränderung ihres ganzen Wesens auf ihn machte, hin, ohne lange nach dem Grunde derselben zu forschen, legte das ihm in die Hand gedrückte Geld beiseite und nahm die Geige aus dem Kasten. Hätte ihn Matilde nicht dazu aufgefordert, so hätte er es, unter dem Eindrucke seiner augenblicklichen Empfindungen, wahrscheinlich freiwillig in seinem Zimmer getan. Er begann in der rechten Stimmung die in großartigem Stile gehaltene Einleitung; als er aber jetzt in das einfache, reizende Thema überging, erhob sich mit diesem die Stimme des Mädchens als Begleitung, anfänglich wie ein leiser Hall aus der Ferne in wunderbar süßem Klange, bald aber mit jeder Strophe an sonorer Fülle gewinnend und der Vortragsweise in allen Schattierungen sich anschmiegend, als hätten beide schon wochenlang die Melodie zusammen studiert. Reichardts Auge begann mit jedem Takte mehr aufzuglänzen, und wie in lebhafter Spannung begann er jetzt die Durcharbeitung; Matilde aber schien fast nur darauf gewartet zu haben und nahm jetzt das Thema in Tönen so klar wie Silber auf:

Zie'hn die lieben gold'nen Sterne
Auf am Himmelsrand,
Denk' ich dein in weiter Ferne,
Teures Heimatsland.

Wie zwei Lerchen schwangen sich die Töne der Geige und der Stimme nebeneinander auf, einander durchkreuzend, sich fliehend und wieder findend; Reichardts Wangen brannten, und Matildens Augen strahlten wie in lichter Verklärung. Als aber im Echo des Schlusses die Stimme wieder zur Begleitung übergegangen und die Klänge leiser und leiser wie in weiter Ferne verhallt waren, als Reichardt, Blick in Blick mit dem Mädchen, sein Instrument sinken ließ, da trat sie langsam auf ihn zu und legte wie in voller Selbstvergessenheit ihre beiden Hände fest an seine Arme. „War es nicht schön?“ sagte sie mit einem Blicke des Glücks, „und geht wohl etwas im Leben über die Kunst?“

Beide wurden aus ihren Empfindungen durch ein Rasseln an der Tür geschreckt, und Matilde tat, wie jetzt sich erst ihrer Stellung bewußt werdend, zwei rasche Schritte zurück.

„Ach was, das sind auch Musiker, da braucht's nicht die vielen Umstände!“ klang es durch den geöffneten Eingang, in welchem sich jetzt neben der Wirtin eine kleine ältliche Männergestalt mit zwei runden Brillengläsern auf der weit hervorspringenden Nase zeigte und, wie etwas betroffen von der Erscheinung des Paares, abwechselnd den Kopf nach dem jungen Mädchen und dem jungen Manne drehte. „Sind doch Musiker, nicht wahr?“ sagte er endlich an den letzteren herantretend.

„Nicht ganz, lieber Herr!“ erwiderte dieser, welchen die formlose Unterbrechung unangenehm berührt hatte, „ich gehöre zum Kaufmannsstande, wenn Sie es durchaus wissen müssen, und das hier ist meine Schwester.“

recht unhaltbar ist. Bereits dem 31. Landtag (1898—1902) ging eine Regierungsvorlage zu, welche die direkte Wahl, Sicherung des Wahlgeheimnisses, sowie Vermehrung der städtischen Mandate von 10 auf 15 bringen sollte. Diese Vorlage wurde nicht Gesetz. So kamen im Laufe der Jahre vier Vorlagen an den Landtag. Aus der vierten Vorlage ist das gegenwärtig geltende Gesetz geschaffen worden. Nach diesem Wahlgesetz sind wahlberechtigt: alle Personen männlichen Geschlechts, die zur Zeit der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet haben, wenigstens drei Jahre im Großherzogtum wohnen, seit einem Jahre die hessische Staatsangehörigkeit besitzen und seit dem Beginn des Rechnungsjahres, in dem die Wahl vorgenommen wird, zu einer direkten Staats- oder Gemeindesteuer herangezogen sind. Jeder 50 Jahre alte Hesse erhält eine Zusatzstimme. Der Hesse aber, der zur Zeit der Wahl mit der Entrichtung der direkten Staats- oder Gemeindesteuer länger als zwei Monate im Rückstande ist, verliert das Wahlrecht. Armut bringt also einen Teil des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte.

Durch das Wahlgesetz wurde die Zahl der Landtagsmandate von 50 auf 58 erhöht. Im verflossenen Landtag saßen 18 Nationalliberale, 12 Bauernbündler, 8 Zentrum, 5 Sozialdemokraten, 5 Freisinnige und 2 Fraktionslose. Von diesen schieden aus 8 Nationalliberale, 7 Bauernbündler, 5 Zentrumsanhänger, 3 Sozialdemokraten, 1 Freisinniger und 1 Fraktionsloser. Ferner mußten die acht neuen Mandate besetzt werden. Von den acht neuen Mandaten entfielen auf die Städte Darmstadt, Mainz, Offenbach, Worms und Gießen je eines und drei auf die Landbezirke. Bei den am 3. und 17. November stattgefundenen Wahlen resp. Stichwahlen wurden 5 Sozialdemokraten gewählt. Der neue Landtag besteht demnach aus 16 Nationalliberalen, 16 Bauernbündlern, 9 Zentrum, 9 fortschrittliche Volkspartei und 8 Sozialdemokraten.

Ein Landtag mit sozialdemokratischer Mehrheit wurde am 10. November in Schwarzburg-Rudolstadt gewählt. Der Landtag besteht aus 17 Abgeordneten. Unsere Genossen siegten in 9 Kreisen. Hierbei wurden die Genossen Winter und Scholl doppelt gewählt. Sie lehnten die Mandate für Frankenhausen und Königsee-Stadt ab, wo dann am 16. Dezember Nachwahlen stattfanden. Bei diesen Nachwahlen siegten unsere Genossen mit 567 gegen 418 und 762 gegen 223 Stimmen. Der Landtag wurde am 4. März aufgelöst, und es fanden dann am 7. Juni Neuwahlen statt. Hierbei verloren unsere Genossen Stadtilm mit 734 gegen 735 gegnerische Stimmen, aber sie eroberten dafür Frankenhausen-Land, so daß der neue Landtag wieder aus neun Sozialdemokraten und acht Gegnern besteht. Die Rudolstädter werden sich schon an den sozialdemokratischen Landtag gewöhnen müssen, denn die Mehrheit des Volkes besteht aus Sozialdemokraten. Ununterbrochen ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen gestiegen. Es erhielten bei den letzten fünf Landtagswahlen Stimmen:

	Die Sozialdemokraten	Die Gegner	Zusammen
1902	4040	3980	8 028
1905	5747	5277	11 024
1908	6482	6432	12 914
1911	7914	5954	13 868
1912	8285	6856	15 141

Die Wahlbeteiligung ist erheblich gewachsen und bald auf dem Punkt angekommen, wo eine Steigerung nicht mehr möglich ist. In den 11 Jahren ist die Bevölkerung um 8,69 vom Hundert, aber die Wahlbeteiligung um 88,6 vom Hundert gestiegen. Die Stimmen für unsere Genossen stiegen um 104,68 Proz., während die Gegner nur eine Steigerung von 72,28 Proz. aufzubringen vermochten.

Bei den am 17. November stattgefundenen Wahlen zur Bürgerschaft in Lübeck behaupteten unsere Genossen alle vier Mandate der zweiten Abteilung. Während unsere Genossen 746 bis 1344 Stimmen erhielten, brachten es die Gegner nur auf 265 bis 285 Stimmen. In der ersten Klasse, zu welcher alle Bürger gehören, die ein Einkommen von mehr als 2000 Mk. versteuern, erhielten unsere Genossen 217 gegen 2200 Stimmen der Gegner. Insgesamt hatten unsere Genossen 4189 Stimmen, während die Gegner nur 3201 Stimmen aufbrachten. Unsere Genossen erhielten vier Mandate der zweiten Klasse und die Gegner 32 Mandate der ersten Klasse.

Am 16. November fanden die Wahlmännerwahlen für die Landtagswahlen in Braunschweig statt. In der Stadt Braunschweig wurden für die Wahlmänner der dritten Klasse für Sozialdemokraten 4800 Stimmen und für Gegner 1600 Stimmen abgegeben. 144 sozialdemokratische Wahlmänner wurden gewählt. Bei der Abgeordnetenwahl am 21. November kamen 8 Genossen in Stichwahl, aber gewählt wurde keiner.

In der Woche vom 22. bis 29. November fand die halbschichtige Wahl zur Bürgerschaft in Bremen statt. Unsere Genossen hatten acht Mandate zu verteidigen. Diese Mandate wurden gehalten und zwei Genossen kamen in Stichwahl. Die Wahlen brachten einen Stimmenzuwachs für unsere Partei und einen Rückgang der Stimmen der Gegner. 1908 waren 5790 Stimmen für Sozialdemokraten und 9523 Stimmen für Gegner abgegeben. 1911 stieg die Stimmenzahl für unsere Genossen auf 6266, während die Stimmenzahl für die Gegner auf 8767 zurückging. Bei den Stichwahlen am 13. Dezember siegten die Gegner.

Am 14. November wurde der bayerische Landtag infolge eines Konflikts des Verkehrsministers v. Frauendörfer mit dem Zentrum aufgelöst. Der Minister hatte während einer Rede eines Zentrumsabgeordneten den Saal verlassen. Dadurch fühlte sich das ganze Zentrum beleidigt und erklärte, mit diesem Minister nicht mehr verhandeln zu wollen. Die Parteien und Gruppen, die sich nicht unter die Gewalt des Zentrums beugen wollten, schlossen am 22. Dezember ein Wahlabkommen. An dem Wahlabkommen beteiligten sich die Sozialdemokraten, die Liberalen, der bayerische Bauernbund und der deutsche Bauernbund. Die große Mehrheit unserer Genossen hielt das Abkommen für geboten, weil nach dem bayerischen Wahlgesetz die einfache Mehrheit für die Wahl genügt. Nur wenn kein Kandidat mehr als ein Drittel der abgegebenen Stimmen hat, findet eine Stichwahl statt. In dem Aufruf unserer bayerischen Genossen heißt es: „Der Zweck, das bayerische Volk dauernd von der Gewaltherrschaft der Zentrumsmehrheit zu erlösen, schließt in sich das Streben nach einem gerechten Wahlgesetz. Das geltende Wahlgesetz mit seiner auf die Interessen der Zentrumspartei zugeschnittenen Wahlkreiseinteilung, mit seiner Ausschaltung der Stichwahlen hat sich als untauglich erwiesen, das freie politische Leben in Bayern zu fördern. Es zwingt die Parteien, die trotz ihres größeren Anteils an den abgegebenen Stimmen in die Minorität gedrängt sind, schon im ersten Wahlgange zusammenzustehen, um das ihnen zugefügte Unrecht einigermaßen auszugleichen und eine Wahlreform im Sinne des Proporzes vorzubereiten.“ Das Abkommen wurde bei den am 7. Februar 1912 vollzogenen Wahlen auch gehalten, aber trotzdem gelang es nicht, die Zentrumsmehrheit zu brechen. Gewählt wurden: 87 Zentrumsabgeordnete, 35 Liberale und Anhänger des deutschen Bauernbundes, 30 Sozialdemokraten, 4 Mitglieder des bayerischen Bauernbundes und 7 Bund der Landwirte. Also das Zentrum allein ist mit seinen 87 Mandaten in dem aus 163 Abgeordneten bestehenden Landtag in der Mehrheit. Bei den meisten Fragen kann es auch noch auf die sieben Abgeordneten des Bundes der Landwirte rechnen. Unsere Genossen, die im alten Landtage 21 Mandate hatten, haben bei den Wahlen 9 Mandate gewonnen.

Neugewählt wurde auch der Landtag von Koburg-Gotha. In den vorherigen Landtagen hatten in dem aus 19 Abgeordneten bestehenden Landtag in Gotha unsere Genossen sieben Sitze und in dem aus elf Abgeordneten bestehenden Landtag in Koburg einen Sitz. Die Wahlen sind indirekt. Bei den Wahlmänner- und Abgeordnetenwahlen erlangten unsere Genossen in Gotha in neun Bezirken die Mehrheit und in Koburg kamen sie in zwei Bezirken in Stichwahl, wobei sie in einem Bezirk die Mehrheit erlangten. Bei der Abgeordnetenwahl wurden jedoch statt 12 nur 11 Stimmen für Genossen Körschner abgegeben. So entstand Stimmengleichheit. Durch Auslosung wurde der Gegner Gewinner des Mandates.

Von den einzelnen Nachwahlen sind hervorzuheben:

Die Nachwahl für den Landtag, die infolge des Todes des Genossen Borgmann in Berlin V stattzufinden hatte. Genosse Borgmann war mit 303 gegen 207 Wahlmännerstimmen gewählt. Bei den Ersatzwahlen für ausgeschiedene Wahlmänner eroberten unsere Genossen eine Anzahl weiterer Mandate. Am 21. November wurde Abgeordneter Genosse Borchardt mit 314 gegen 166 Stimmen alsdann gewählt.

Bei einer Nachwahl in Breslau, wo bei den Hauptwahlen für Genossen Löbe 307 Wahlmännerstimmen abgegeben waren, haben unsere Genossen 63 Wahlmänner mehr erhalten. Genosse Löbe erhielt 370, der Liberale Ehlers 506 und der Kandidat der Konservativen und des Zentrums 780 Stimmen. Bei der Stichwahl stimmten unsere Genossen für Ehlers, der dann mit 872 gegen 778 Stimmen gewählt wurde.

Die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ist im Laufe des Berichtsjahres um 36 auf 224 gestiegen. Keine Vertreter haben wir außer in den beiden Mecklenburg, wo es keine gewählten Landtage gibt, in Braunschweig, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Reuß ä. L. Die 224 Abgeordneten verteilen sich auf folgende Landtage:

Bayern	30	Sachsen-Meiningen	9
Sachsen	26	Schwarzburg-Rudolstadt	9
Baden	20	Hessen	8
Hamburg	20	Sachsen-Altenburg	7
Bremen	16	Preußen	6
Württemberg	16	Reuß j. L.	5
Lübeck	12	Sachsen-Weimar	4
Oldenburg	12	Anhalt	1
Elsaß-Lothringen	11	Schaumburg-Lippe	1
Gotha	9	Lippe	1

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Der soeben erschienene Jahresbericht der Partei des Herzogtums Braunschweig für 1911 teilt mit, daß die Organisation 11 807 Mitglieder, darunter 1806 weibliche habe, gegen das Vorjahr eine Zunahme von 1663. Im Berichtsjahre fanden 895 Versammlungen und 220 Besprechungen statt. Flugblätter wurden in 473 750, der „Volksfreund-Kalender“ in 40 000, die Monatsschrift „Empor“ monatlich in 4800 Exemplaren verbreitet. Weiter wurde die achtseitige Flugschrift „So sind sie! Wer? Die Sozialdemokraten!“ in 32 000 Exemplaren verteilt. In den Gemeindekörperschaften zählt die Partei 30 Stadtverordnete und 83 Gemeinderatsmitglieder gegen 28 und 88 Vorjahre. Der Bildungsverein jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen zählt etwa 650 Mitglieder in der Stadt Braunschweig. Weiter besteht eine Jugendbewegung in Wolfenbüttel und in 6 Orten sind gute Anfänge vorhanden. Der „Volksfreund“ zählt 15 090 zahlende Abonnenten gegen 13 085 im Vorjahre. Die Landesparteikasse hatte einschließlich eines aus dem Vorjahre übernommenen Bestandes von 3055,92 Mk. eine Einnahme von 26 674,18 Mk. und eine Ausgabe von 24 055,87 Mark. An die Hauptkasse in Berlin wurden abgeführt 6780,60 Mk. Infolge der rührigen Agitation vermehrten sich unsere Reichstagswahlstimmen von 37 203 im Jahre 1907 auf 48 245, während die bürgerlichen Stimmen von 55 537 auf 45 809 zurückgingen. — Im Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza machte die Partei im verflossenen Jahre wieder erhebliche Fortschritte. Die Zahl der Organisierten ist von 1100 auf 1500 gestiegen. Es bestehen im Kreise sieben Ortsvereine. Die Wahlstimmen konnten bei der Reichstagswahl von 6000 auf 8300 erhöht werden. Es gelang aber nicht, das Mandat zu erobern, da die Liberalen trotz Stichwahlabkommens versagten. Auch das „Mühlhauser Volksblatt“ hat sich gut entwickelt. In einer Resolution zum Parteitag wird der 10 Pfg. Wochenbeitrag gutgeheißen, statt des Parteiausschusses aber Erhöhung der Beisitzerzahl im Parteivorstand verlangt. Die Reichstagsfraktion soll wie bisher auf dem Parteitage vertreten sein.

Aus der Jugendbewegung.

Gleiches Recht.

Nachdem in Mülhausen i. Thüringen von der Stadt große Mittel für ein antisozialistisches Jugendheim ausgeworfen worden sind, ferner auch der Jungdeutschlandbund mit seinen Kriegsspielen und die Fortbildungsschulen den Jugendfang im großen betreiben, nahm auch die Arbeiterschaft in einer öffentlichen Versammlung zu diesen Bemühungen Stellung. Das geschah „unpolitisch“, wie die bürgerlichen Veranstaltungen sein sollen. Aber siehe da, eine große Menge Jugendlicher, die in der Versammlung waren, wurden mit Strafmandaten über 6 Mark wegen Besuchs einer politischen Versammlung beglückt. Das Schöffengericht hat nun sämtliche Strafen bestätigt und sich auf die aus allerlei Schlagworten bestehenden Aufzeichnungen eines Wachtmeisters gestützt. Dabei bekundeten drei andere Zeugen, daß der Redner jede Berührung der Politik geschickt vermieden hatte.

Dieselbe Gerichtsverhandlung brachte gleich ein nettes Gegenstück zu diesem Urteil. In den Fortbildungsschulen werden die jungen Leute einige Stunden früher vom Unterricht fortgeschickt, damit sie

---

„Kaufmannsstand — sind doch erst von Deutschland gekommen und werden also wohl eine Stelle suchen wollen — Kaufmannsstand bei so einem Striche auf der Geige!“ schüttelte der Alte den Kopf, ohne anscheinend Reichardts verdrießliche Miene zu bemerken. „Wegen der Lady habe ich freilich nichts zu sagen; Sie wissen aber wohl noch nicht, wie lange Sie hier laufen können, ehe Sie einmal einen Platz mit ein paar Dollars bekommen? Jedes Schiff bringt deutsche Handlungskommis, sie müssen aber fast alle zu einem andern Geschäfte greifen, und die Klügsten tun es, ehe ihr Geld aufgezehrt wird. Wenn Sie gescheit sind, so nehmen Sie jetzt gleich mit, wo Sie einen Verdienst finden. Ich habe viele Tanz-Parties zu spielen — nur in reichen Familien, verstehen Sie — und wenn Sie mit mir gehen wollen, so haben Sie für jeden Abend einen Dollar. Wir sind auch jetzt dran, ein ordentliches Korps für Blasmusik zusammenzubringen; das Althorn können Sie geschwind lernen, und bis dahin schlagen Sie beim Ausrücken die Trommel —“

„Ich denke, nicht, lieber Mann!“ unterbrach ihn Reichardt, dessen Unmut sich vor der sonderbaren Weise des Sprechenden in einen halben Humor verwandelt hatte; um Matildens Mund aber hatte es bei dem Trommel-Anerbieten zu zucken begonnen, als halte sie nur mühsam ein lautes Lachen zurück.

Der „Wanter“ warf einen neuen Blick in die Gesichter des jungen Paares und zuckte dann mit den Achseln. „'s ist kein Geschäft zu verachten in Amerika, das Geld einbringt; werden's vielleicht auch erst noch auszufinden müssen wie andere,“ sagte er, die Nase hebend, „im übrigen will ich nichts Böses gesagt haben!“ Er nickte mit dem Kopfe und wandte sich wieder zurück, von der Wirtin gefolgt, deren Gesicht die heitere Laune ihrer jungen Gäste widerzuspiegeln schien.

„Jedenfalls doch eine Aussicht!“ rief Reichardt launig, die Violine wieder in den Kasten bergend, „wollen's als ein gutes Zeichen nehmen, das uns der erste Tag sogleich entgegenbringt!“

„Mir hat der Mensch, trotz seiner Tollheit, die ganze schöne Stimmung verscheucht,“ erwiderte Matilde, ohne doch das hervorbrechende Lachen unterdrücken zu können; „er kam mir fast mit seiner langen Nase wie ein Rabe vor, der seine Unglücksprophezeiungen in unsere Freude hineinkrächzen mußte — aber mag's drum sein, ich habe mir vorgenommen, mich heute nicht zu kümmern! — Laß Dich jetzt in Deiner Bequemlichkeit nicht weiter aufhalten, Bruder Max,“ fuhr sie fort, die zur Seite geschobenen Goldstücke auf seinen Kasten legend, „wie wir es uns überhaupt zur Regel machen wollen, uns niemals gegenseitig zu genieren!“ Sie reichte ihm mit offenem Blicke die Hand, und Reichardt verließ das Zimmer, um nach der Unterbringung seiner eigenen Habseligkeiten zu sehen. — —

Vier Wochen waren verstrichen. Reichardt hatte seine Empfehlungsbriefe an ihre Adressen, unter denen sich Handelshäuser von Bedeutung befanden, abgegeben, war freundlich begrüßt und zu weiterem Besuche eingeladen worden; so hoch sich aber auch seine Hoffnung in der ersten Woche gehalten hatte, so schien doch jeder folgende Tag nur dazu gemacht zu sein, um ein Stück nach dem andern davon wegzubrechen. Er hatte offen seine Verhältnisse, die ihn auf baldige Beschäftigung anwiesen, dargelegt und Versprechungen für Berücksichtigung und Verwendung erhalten; bei seinen späteren Besuchen waren es aber nur dieselben allgemeinen Worte wieder, welche er hörte, und als er endlich sich nach der Möglichkeit einer einigermaßen bestimmten Aussicht erkundigte, wurde ihm hier ein Achselzucken, dort eine Klage über Überfüllung an jungen Leuten und am dritten Orte eine Vertröstung auf den Zufall, welcher jeden Tag eine Vakanz herbeiführen könne. In der dritten Woche schienen seine fortgesetzten Besuche schon lästig zu werden; es ward ihm bedeutet, daß man ihm wissen lassen wolle, sobald sich etwas finde, daß er aber jedenfalls gut tue, sich, ehe er sein Geld aufzehre, nach irgend einer andern Beschäftigung umzusehen. Von diesem Augenblicke an hatte er seine täglichen Rundgänge unterlassen, aber seine Dienste durch mehrere Zeitungen unter Namhaftmachung der Häuser, welchen er empfohlen war, angeboten. Acht Tage lang hatte er sich vorgenommen zu warten, ehe er auch diese Hoffnung aufgäbe; aber die vierte Woche war verstrichen, ohne daß es nur schien, als habe jemand seine sechsmal wiederholte Anzeige gelesen. Oft hatte er während dieser Zeit gewünscht, einen Freund zu haben, gegen den er sich wenigstens aussprechen könne, und er hatte sogar einmal den Versuch gemacht, den Kupferschmied wieder aufzusuchen, ohne indessen eine Spur des Wegs, den dieser beim Verlassen des Shakespeare-Hotels genommen, finden zu können.

Zu Matilden mochte er nicht reden; sein Verhältnis zu dieser hatte weder an Vertraulichkeit gewonnen, noch an der Eigentümlichkeit, wie es der erste Tag geschaffen, verloren; in ihrer ganzen Haltung gegen ihn schien sie trotz des äußern geschwisterlichen Tons und einzelner Momente des Sichgehenlassens eine feine Schranke aufrecht erhalten zu wollen, die ihm jede herzliche Annäherung verbot. Auch eine Stunde wie am ersten Tage in ihrem Zimmer war nicht wieder gekommen. Er hatte wohl bisweilen gesehen, wie sie während des allgemeinen Zusammenseins der Kostgänger in dem untern großen Zimmer sein Gesicht und die darin unwillkürlich hervortretende Sorge beobachtete, aber nie hatte sie ihm wider Gelegenheit zu einem vertraulichen Gespräche geboten. Daneben aber wußte er in einer andern Weise nicht, wie er das Mädchen zu beurteilen hatte. Nur selten ward das Haus von Fremden besucht und die abendlichen Zusammenkünfte der Kostgänger in der untern Stube trugen deshalb eine Art Familiencharakter; so sehr sich nun auch Matilde von jeder nähern Berührung mit der übrigen Gesellschaft zurückhielt, deren Aufmerksamkeit sie in ähnlicher Art wie die der Schiffsbevölkerung erregt hatte, so schien das geöffnete Piano sie doch der Gesellschaft, in welcher sie sich befand, ganz vergessen zu lassen, und es bedurfte nur einer Aufforderung, um sie zum Vortrage eines oder auch mehrerer Lieder zu bewegen. Ihre Stimme war immer dieselbe, silberklar, warm und seelenvoll, und fast schien es oft, als singe sie nur zu ihrer eigenen Genugtuung. Demohngeachtet meinte Reichardt, sie werfe ihre Perlen vor die Säue, eine Laune, die er sich in keinem Zusammenhange mit ihrem übrigen Wesen denken konnte, und als ihn die Wirtin eines Abends bat, seine Violie zu holen und das Stück noch einmal zu spielen, was sie am ersten Tage belauscht, stand er mit einer kurzen Ablehnung von seinem Platze auf und verließ das Zimmer. Es wäre ihm gleich einer Profanierung seiner besten Gefühle gewesen.

So war das Ende der vierten Woche herangekommen. Reichardt hatte nach dem Mittagessen das wöchentliche Kostgeld für sich und die „Schwester“ bezahlt und schritt, trübe Gedanken durch sein Gehirn wälzend, nach seiner Wohnung hinauf, als sich die Tür von Matildens Zimmer öffnete und ein Wink des Mädchens ihn herbeirief. „Komm herein, wir müssen ein paar Minuten mit einander reden!“ sagte sie mit gedämpfter Stimme, sorgfältig hinter dem jungen Manne den Eingang wieder verschließend. Sie deutete auf einen Stuhl, zog leicht einen zweiten herbei und setzte sich ihrem Gaste unmittelbar gegenüber.

„Es sind heute vier Wochen vorüber, Max, die erste Frist, die wir uns setzten, seit wir hier ankamen, und wir wissen jetzt wohl, was wir von unsern Aussichten zu halten haben,“ begann sie, ihm wie in stiller Sorge in das umwölkte Auge sehend, „Du hast wenig Glück gehabt, ich konnte es jeden Abend in Deinem Gesicht lesen — hat sich gar nichts geboten?“

„Nichts, Matilde!“ erwiderte er finster den Kopf senkend, „Versprechungen, die nirgends gehalten wurden, und Vertröstungen, die mir nichts nützen können.“

„Und hast Du Dir jetzt irgend einen andern Plan für die Zukunft gemacht?“

(Fortsetzung folgt.)

— an den Kriegsspielen des Jungdeutschlandbundes teilnehmen sollen! Und das schönste: Wer von ihnen nicht zu diesen Veranstaltungen erscheint, bekommt einen Strafzettel wegen „Schulversäumnis“! Das Gericht fand das ganz in der Ordnung und sprach einen Bestraften nur deshalb frei, weil es annahm, er hätte die Absicht gehabt, an den Kriegsspielen teilzunehmen.

Gewerkschaftsbewegung.

Unternehmerdank an die christlichen Gewerkschaften. Auf der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Eisengießereien beschäftigte sich der Geschäftsführer Dr. Brandt-Düsseldorf in seinem Geschäftsbericht mit den christlichen Gewerkschaften. Für die Herren Christen ist es nicht angenehm, was sie von dem Herrn ins Stammbuch geschrieben bekamen. Der Herr Brandt führte aus, daß das Fernbleiben der christlichen Gewerkschaften bei dem Kohlenarbeiterausstand ein Vorgang von größerer Bedeutung nicht nur im Sinne einer wesentlichen Stärkung der Stellung der Unternehmer sei, sondern auch von Bedeutung für das politische Leben. Das Auftreten der christlichen Gewerkschaften sei nicht nur diktiert gewesen von der politischen Stellung des Zentrums zur Regierung, sondern es sollte auch dadurch eine außerordentliche Stärkung des politischen Einflusses des Zentrums auf die christlichen Gewerkschaften bewirkt werden. Das Zentrum habe schon immer eine besondere Beachtung der christlichen Gewerkschaften von der Regierung verlangt, weil diese Gewerkschaften vaterlandstreu und schutzzöllnerisch seien. Es müsse von der größten Tragweite sein, daß nun in einem großen Kampfe diese Gewerkschaften auch wirtschaftspolitische Einsicht gezeigt haben, und es könne nicht ohne Eindruck bleiben, wenn die Führer des Zentrums bei irgend einer Gelegenheit dem Reichskanzler sagen könnten: Wir sind die einzige Partei, die große Arbeitermassen für das Vaterland und für den Wirtschaftsfrieden gegen die Sozialdemokratie aufbieten können. Das Unternehmertum steht den Dingen freilich etwas anders gegenüber. Es erinnert sich des Spruches, daß eine Schwalbe keinen Sommer macht, und daß auch die christlichen Gewerkschaften grundsätzlich Streikanhänger seien. Wenn sie auch dieses eine Mal bei Seite gestanden und sogar den Schutz der Arbeitswilligen in öffentlichen Kundgebungen als notwendig anerkannt und für sich selbst erkannt haben. Die christlichen Gewerkschaften werden also auch von den Gießereibesitzern als Zentrumsgewerkschaften betrachtet, deren Verhalten zur Stärkung des Einflusses der Zentrumspartei beitrage. Auch ist das Eingeständnis gut, wenn Dr. Brandt meint, daß es nicht ohne Eindruck bei dem Reichskanzler bliebe, wenn Zentrumsführer sagen könnten: Wir sind die einzige Partei, die große Massen für das Vaterland, für den Wirtschaftsfrieden und gegen die Sozialdemokratie aufbieten können. Bei der Gründung der christlichen Gewerkschaft hat doch schon Pfarrer Weber gesagt, daß die Hauptaufgabe der zu gründenden Organisation (Gewerkverein der christlichen Bergarbeiter) der Kampf gegen die Sozialdemokratie sei. Aber der Bruderverrat im Bergarbeiterkampf hat den christlichen Gewerkschaften immer noch nicht das Vertrauen der Unternehmer eingebracht. Denn eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, sagen die Unternehmer, und sie betrachten die christlichen Gewerkschaften noch als grundsätzliche Streikanhänger. Die Unternehmer, die an der Züchtung der Schwarz-Gelben ein Interesse hatten, trauen ihnen nicht, wenn sie auch den Nachweis beim Bergarbeiterstreik erbracht haben, daß sie Gelbe in Reinkultur sein können und wenn auch damals das Organ der Gelben den christlichen Bergarbeitern sagte: Das sind herrliche gelbe Gedanken! Der Geschäftsführer Dr. Brandt hat den Christlichen ihren Lohn gegeben, das ist der Dank für den begangenen Arbeiterverrat.

Bei der Spezialfabrik von Halberstädter Würstchen, Heine u. Co. in Halberstadt, die ihre Produkte in ganz Deutschland umsetzt, sind Differenzen ausgebrochen. Die zuständige Organisation, der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands hat im Auftrage der Beschäftigten der Firma einen Tarifvertrag unterbreitet, der eine Lohnaufbesserung von 1,20 bis 1 Mk. pro Woche fordert. Des weiteren wurde gefordert die Einhaltung der in der eigenen Arbeitsordnung des Betriebes festgelegten Arbeitszeit, ferner einige Tage Ferien, sowie Anerkennung der Organisation. Was war nun die Antwort auf diese bescheidenen Forderungen? — die glatte Ablehnung jeder Verhandlung über den eingereichten Tarif. Bemerkt muß dabei werden, daß die Firma mit zirka 400 Beschäftigten die größte Fabrik dieser Branche ist, und trotzdem ist in ihrem Betriebe die längste Arbeitszeit von allen Halberstädter Wurstfabriken, nämlich 10 Stunden und 55 Minuten, also fast 11 Stunden. Auch der Lohn ist bei dieser Firma mit am schlechtesten von allen Fabriken, erhalten doch verheiratete Arbeiter nur 18 Mk. Lohn pro Woche ohne Kost. Gelernte Fleischergesellen werden zum Teil noch mit 20 und 22 Mk. pro Woche entlohnt, ohne Kost und Logis, ein Lohn, der im ganzen Fleischergewerbe seinesgleichen sucht. Die Firma hat weiterhin verstanden, zu den Arbeiten, welche in anderen Wurstfabriken von Gesellen verrichtet werden, Jugendliche im Alter von 14—17 Jahren heranzuziehen, denen sie mit wenigen Ausnahmen den beneidenswerten Lohn von 7 bis 9 Mk. pro Woche zahlt. Infolge der schlechten Entlohnung und der langen Arbeitszeit wirft das Geschäft für die Firma riesenhafte Gewinne ab. Trotzdem lehnt die Firma jede Verhandlung über diese bescheidenen Forderungen ab. Ihr ist es vollkommen gleichgültig, daß die Lebensmittel in den letzten Jahren um 50 Proz. gestiegen sind, und ob ihre Arbeiter infolge des niedrigen Lohnes hungern müssen, wenn nur ihr Profit dabei gewahrt wird, das ist für die menschenfreundliche Firma die Hauptsache. Es ist daher erklärlich, daß der Firma die organisierten Arbeiter in ihrem Betriebe ein Greuel sind, weil sie eine Verbesserung der Verhältnisse erstreben. Der Organisationsleitung hat der bekannte günstige Wind eine Entlassungsliste zugeführt, in der bei der Firma gewissenhaft registriert wird, warum die Entlassungen aus dem Betriebe erfolgt sind. Wir finden da in der Liste eine Reihe Arbeiter, die aus folgenden Gründen entlassen sind: „Wegen Sozialdemokratie“, Wegen Aufwiegelung seiner Mitarbeiter“ usw. usw. Die Organisation kann sich selbstverständlich mit dem ablehnenden Bescheide der Firma nicht zufrieden geben. Ist der Firma ein Kampf lieber, als die Gewährung und die tarifliche Festlegung der bescheidenen Forderungen der Arbeiter, so ist das ihre Sache. Die Firma setzt ihre Produkte zum großen Teil in Arbeiterkreisen in fast allen Städten Deutschlands ab; ändert sie ihre Stellungnahme nicht, dann dürfte der Kampf unausbleiblich sein und die organisierte Arbeiterschaft wird um Unterstützung aufgerufen werden.

Aus Nah und Fern.

Eine romantische Geschichte wird aus Berlin gemeldet: Unter dem Verdacht, der Kassenbote Brüning zu sein, ist am Mittwoch auf dem Fernbahnsteig in Charlottenburg eine Dame verhaftet worden, die in dem um diese Zeit eingelaufenen D-Zug Köln—Berlin in Begleitung einer anderen eleganten und auffallend schönen Frau die Reise von der rheinischen Hauptstadt nach Berlin zurückgelegt hat. Auf der Fahrt nach Berlin war dem Oberkellner des Speisewagens die tiefe, baritonartige Stimme der schönen Frau aufgefallen und er erinnerte sich auch deutlich, die jüngere der Damen in den letzten Monaten wiederholt beim Diner im Speisewagen bedient zu haben, und zwar glaubte der Oberkellner, der über ein großes Personengedächtnis verfügt, diese Dame in Gesellschaft eines Herrn gesehen zu haben, der mit der auffallend schönen Frau eine sprechende Ähnlichkeit besaß. Der Oberkellner besprach den Fall sofort mit seinen Kollegen und man kam zur Ansicht, daß es sich hier wahrscheinlich um den Defraudanten Brüning handele, der in Damenkleidern der Stätte seiner ehemaligen Tätigkeit einen Besuch abzustatten gewillt sei. Auch der Zugführer wurde von dem Verdacht verständigt und die Charlottenburger Kriminalpolizei wurde telegraphisch von dem Eintreffen der beiden Damen informiert. Als der Zug auf dem Bahnhof eintraf, traten mehrere Kriminalbeamte an das Kupee, in dem die Damen saßen, heran, legitimierten sich und brachten die Herrschaften in durchaus unauffälliger Weise vom Bahnsteig, um sie nach dem Charlottenburger Polizeipräsidium zu überführen. Dem die Vernehmung leitenden Kriminalkommissar legitimierten sich aber die beiden Damen als — ein Ehepaar aus Frankfurt a. M. Der als Frau gekleidete Gatte gab an, daß er eine Neigung zum Umwandeln habe und sich auf dem Wege zu Dr. Magnus Hirschfeld in Berlin befinde, den er konsultieren wolle. Die jüngere Dame erklärte, daß sie die Frau und vollkommen damit einverstanden sei, daß ihr Mann weibliche Kleidung trage. Ihre seit 12 Jahren bestehende Ehe sei sehr glücklich und völlig ungetrübt gewesen. Um die Wahrheit der Äußerungen der beiden Sistierten zu prüfen, stellte die Charlottenburger Kriminalpolizei in Verbindung mit der Berliner Behörde die eingehendsten Nachforschungen an, die ergaben, daß der Mann mit dem gesuchten Kassenboten tatsächlich nicht identisch sei und daß es sich hier um ein Frankfurter Ehepaar handle. Gegen 10 Uhr abends konnte dann das seltsame Ehepaar aus seiner Haft entlassen werden.

Material für den Reichsverband. Zwei Vorstandsmitglieder des Vorschußvereins in Großneundorf, Kreis Neiße, veruntreuten große Vereinssummen und verloren sie durch Spekulationen: Die Kassenrevision ist noch nicht abgeschlossen. Wie die „Schlesische Volksztg.“ meldet, sollen Veruntreuungen in Höhe von 320 000 Mk. aufgedeckt worden sein.

Gerüsteinsturz. Bei dem Neubau der Königlichen Maschinenbauschule in Graudenz brach ein Gerüst zusammen. Vier Maurer stürzten 12 Meter mit 400 Ziegelsteinen und Kalkbottichen ab. Drei von ihnen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Der vierte hatte sich festhalten können und war deshalb unversehrt geblieben.

Königsmörderische Zugluft. Könige von Gottesgnaden sind manchmal recht empfindsame Menschen. So schreibt der Pariser „Rappel“ in seiner letzten Nummer: Es dürfte nur wenigen bekannt sein, daß sich unter den Beamten am englischen Hofe ein Mann befindet, der einzig und allein die Aufgabe hat, den König vor Zugluft zu schützen und ihn so vor einer Erkältung zu bewahren. Dieser Posten ist von dem König auf Anraten seiner Ärzte geschaffen worden, weil er sich gewöhnlich bei allen Zeremonien eine Erkältung zuzieht. Unter seinen Kollegen hat dieser Beamte deshalb den Spitznamen: der „Jäger auf Zugluft“. Jedesmal, wenn der König den Palast durchschreitet, geht der „Jäger auf Zugluft“ vor ihm her, überzeugt sich davon, daß alle Fenster und Türen geschlossen sind, und erst dann darf sein königlicher Herr die Gemächer betreten. — Ob der „Jäger auf Zugluft“ der einzige seiner Art ist? Sollte das der Fall sein, dürfte es sich empfehlen, diesen Posten auch an anderen Höfen einzuführen, denn sonst könnte leicht bei redegewandten Berufskollegen des Engländers durch Erkältung eine unliebsame Störung im Redenhalten eintreten.

Vom elektrischen Strom getötet. Ein schwerer Unfall hat sich in Unterbrunn bei Staffelstein (Oberfranken) ereignet. Der Beigeordnete Prell und ein Absolvent der Ackerbauschule begingen die Unvorsichtigkeit, das Kabel der Überlandzentrale zu berühren. Sie wurden vom elektrischen Strom getroffen und sanken tot zu Boden. Ein Schüler, der ebenfalls mit dem Kabel in Berührung kam, wurde schwer, ein Kind leichter verletzt.

Darf man Hungerlöhne auch „Hungerlöhne“ nennen? Stundenlöhne von 10 bis 16 Pfennige, die ein konservativer Rittergutsbesitzer im Kreise Hoyerswerda zahlt, hatte der freisinnige Redakteur Richter in Weißwasser „Hungerlöhne“ genannt. Natürlich fühlte sich der Herr Rittergutsbesitzer dadurch „beleidigt“. Er erreichte auch, daß das Schöffengericht zu Weißwasser den Redakteur zu 100 Mark Geldstrafe verurteilte. Das in der Berufung angerufene Landgericht Görlitz hob das Urteil auf, erklärte bei diesen Löhnen den Wahrheitsbeweis für erbracht und die Löhne also für richtig charakterisiert. Das gefiel natürlich dem Herrn Rittergutsbesitzer nicht, er ging an das Oberlandesgericht in Breslau, das das fatale freisprechende Urteil aufhob und die S[illegible] an die Vorinstanz zurückverwies. Diese muß sich nun [illegible] neue den Kopf zerbrechen, ob man Hungerlöhne „Hungerlöhne“ nennen darf.

Ein „Fort Garnier“ in Czenstochau. Aus Czenstochau wird gemeldet: Das Beispiel der Pariser Automobilapachen Garnier und Genossen, die in einem Hause verschanzt eine regelrechte Schlacht gegen Polizei und Militär lieferten, scheint auch bei uns Schule gemacht zu haben. Die Polizei ermittelte hier eine gefährliche Verbrecherbande, die ihre Raubzüge bis nach Galizien ausdehnte. Als die Polizisten in das von der Bande bewohnte Haus eindrangen, wurden sie von den Banditen mit Revolverschüssen empfangen. Alle Fenster und Türen des Hauses waren von bewaffneten Banditen besetzt, die sich erst zurückzogen, als die Polizei ein Schnellfeuer eröffnete. Nach dem Eintreffen von Militär wurde ein Sturm auf das Haus unternommen. Zunächst wurden die Türen gesprengt. In einer Art von Verhau leisteten drei mit Revolvern und Gewehren bewaffnete Banditen verzweifelten Widerstand. Erst nach etwa 50 Schüssen waren zwei von ihnen unschädlich gemacht, während der dritte entfloh. Nach blutigem Kampfe wurden zwei andere Banditen erschossen und fünf verhaftet. Die übrigen drei flüchteten durch ein Fenster. Bei dem Kampfe wurden mehrere Soldaten verwundet. Im Hause fand man ein ganzes Waffenlager sowie zahlreiche von Plünderungen und Überfällen herrührende Gegenstände.

Der Gerichtsvollzieher im Suffragettenheim. In Holmwood Surrey, der Sommerresidenz von Pethick Lawrence, wurden sämtliche Möbel gepfändet. Der Erlös soll zur Deckung der Kosten des Suffragettenprozesses vom Mai dienen, die nahezu 7000 Mark betragen. Wie bekannt, wurden Herr und Frau Lawrence und Frau Pankhurst zu je neun Monaten Gefängnis verurteilt, aber nach kurzer Zeit wieder entlassen. Herr und Frau Lawrence befinden sich zurzeit auf einer Automobilreise durch Kanada.

Sträfliches Spiel mit Menschenleben. Wie der „Avanti“ erfährt, ist bei den Kavallerieübungen in Gallargie unlängst ein Soldat verunglückt, weil man ihn, wie die ganze Eskadron, zu einem gefährlichen Reiterkunststück gezwungen hatte. Die Soldaten mußten schießen, während sie auf dem Rücken des Pferdes standen. Dabei fiel der Soldat Colombini, da das Pferd nicht ruhig blieb, zu Boden und stieß sich den Flintenlauf ins Auge. Das Auge mußte herausgenommen werden und der Zustand des Soldaten ist nicht unbedenklich. Kein Exerzierreglement sieht derartige verrückte Übungen, die den Soldaten der Ruhe seines Pferdes ausliefern, vor. Warum duldet man diesen Unsinn? Weil der Divisionskommandant, der Graf von Turin, der Vetter des Königs ist! Und der hohe Herr findet an solchem Sport Gefallen.

Massenvergiftungen in einer Klinik. Von 60 Personen, die in einer Klinik in Giuliano (Italien) nach dem Genuß von Gefrorenem erkrankt sind, haben drei bereits ihren Geist aufgegeben. Die anderen liegen todkrank danieder. Der Verkäufer des Speiseeises ist flüchtig. Es wurde festgestellt, daß er vor vier Wochen ein ganzes Dorf auf diese Weise in die größte Lebensgefahr gebracht hatte.

Vierfacher Familienmord. Ein furchtbares Familiendrama spielte sich in Olivarez in der spanischen Provinz Sevilla ab. Der Arbeiter Manuel Villar war aus ganz nichtigem Grunde mit seiner Frau in Streitigkeiten geraten, in deren Verlauf er den Versuch machte, die Frau zu erdrosseln. Es gelang aber der Frau, unter Mitnahme ihrer drei Kinder noch rechtzeitig zu entfliehen. Der Mann verfolgte die Fliehenden bis aufs freie Feld, und da diese keinen anderen Ausweg wußten, verbarrikadierten sie sich in einer Strohhütte. Villar versuchte die Hütte aufzubrechen. Da ihm dies aber nicht gelang, zündete er die ganze Hütte an. Der entmenschte Gatte sah ruhigen Blutes zu, wie seine ganze Familie in den Flammen umkam. Auf die Hilferufe der Frau und der Kinder kamen zwar Passanten herbei, doch war es schon zu spät, um die in der Hütte Eingeschlossenen zu retten. Villar wurde von herbeigerufenen Polizisten verhaftet.

Ein 75jähriger Mörder. Im Weiler Conche bei Annecy, in den savoyischen Alpen, kam ein junger Mann mit dem 75jährigen Greise Floret in Streit. Der Alte geriet in so große Wut, daß er auf seinen Widersacher mit dem Messer einstach und dem jungen Manne die Lunge durchbohrte. Der Unglückliche erlag nach kurzer Zeit den Verletzungen. Die Gendarmen hatten Mühe, den greisen Mörder festzunehmen.

Elektrische Leichenverbrennung. Die Amerikaner, die das erste die Elektrizität in den Dienst des Hinrichtungswesens stellten, haben nun auch die elektrische Leichenverbrennung eingeführt. In Pasadena (Kalifornien) ist ein elektrisches Krematorium bereits in Betrieb gesetzt und in Oakland gibt es deren sogar drei. Die Verbrennungskammer ist ein kleines, mit Ziegelsteinen verkleidetes Gewölbe, das durch den Strom erhitzt wird. Nach einer Stunde erreicht die Temperatur in dem Verbrennungsraum 1100 Grad Celsius. Die Einäscherung in diesen elektrischen Krematorien kostet 200 Mk., aber trotz der höheren Betriebskosten verbleibt, wie die „Electrical World“ angibt, ein „angemessener“ Überschuß.

Kleine Chronik. Im Seebad Noordwijk ist vor den Augen des Badepublikums der 20jährige Sohn eines holländischen Notars, der trotz des hohen Seeganges zu weit ins Meer hinausgeschwommen ist, ertrunken. — In Sterlin in Illinois ist während einer Vorstellung der Zeltzirkus Ringling Brothers abgebrannt. Die Zahl der Verletzten ist unbekannt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Die Qualität gibt den Ausschlag! (2763

MAGGIs Suppen sind aus den besten Rohmaterialien hergestellt; sie enthalten die natürlichen Bestandteile hausgemachter Suppen und schmecken ebensogut wie diese. Deshalb verlange man ausdrücklich MAGGIs Suppen und achte auf die Schutzmarke „Kreuzstern“

„MAGGIs gute, sparsame Küche“.

Zu verkaufen ein großer eichener Koffer. (2772 Glandorpstr. 80, II.

Eine Kinder-Traillenbettstelle zu verkaufen. Preis 6 Mk. 2771) Schönböckener Str. 10.

6 sehr gute Fahrräder, m. u. ohne Freilauf, Wert 25—45 Mk. (2777 Schultz, Wakenitzmauer 5.

Neue Schallpl., 25 cm, doppelsf., sehr billig. Umtausch 20 Pfg. per Stück (2780) An der Mauer 106.

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwaren handlg. u. Reparatur-werkstatt. (104) Fünfhausen 13.

Verspätet.
Die herzlichsten Glückwünsche zum Geburtstage senden unserm Freunde
Otto Hingst. (2781
Die durst. Seelen von gestern abend.

Logis für junge Leute.
2769) Hundestraße 76.

Freundliche **Zwei-Stuben-Wohn.** mit allem Zubehör zum 1. Oktober zu vermieten. Preis 160 Mk.
2783) Näh. Kleiner Kiesau 10.

Zu vermieten zum 1. Okt. kleine helle **Wohnung,** enth. 2 Zimmer, Küche, Boden. Preis 120 Mk.
2778) Untertrave 77.

Eine Parterre-Wohnung
zu vermieten. Preis 145 Mk.
2796) Arnimstraße 42b.

Junge Frau sucht für ein paar Stunden abends Beschäftigung (Kontorreinmachen oder dergleich.) Off. u. **A F** an d. Exped. (2800

Junge Frau sucht Beschäftigung für die Nachmittagsstunden, gleich welcher Art. Angeb. unter **F F** an die Exped. d. Bl. (2770

Kolossal billig. Schreibtisch **65,** Trumeau **35,** Vertiko, reich geschnitzt **55,** Plüschgarnitur ff **85,** Salongarnitur, bestickt, nur **165,** Umbau **48,** Salonschrank **78,** Tisch **18,** Büffett **165,** Sofa, Schlafzimmer, Küche.
2346) **Wahmstraße 83, p.**

Zu verk. photogr. **Apparat** (9×12) mit Stativ und **Platens Werke,** 4 Bände.
2773) Arnimstr. 44, II vorne.

Eine **Hängelampe, Küchenlampe** und ein gut erhaltenes **Herren-Fahrrad** billig zu verkaufen.
2766) Brockesstr. 33.

Eine wachs. hübsch gez. **Terrier-hündin,** 1 Jahr alt, steuerfrei, zwei junge, 5 Wochen alt, billig.
2767) Hafenstr. 22a, Flügel.

17 junge Hühner
zu verkaufen. (2779
Friedenstr. 61, p.

Ausgekämmtes Haar
wird gekauft 2467
Damen-Frisier-Salon,
Breite Straße 54.

Ungeziefer (2776
jeder Art vertilgt unter Garantie **Fr. Kröger,** konz. u. geprüft. Kammerjäger, Kupferschmiedestr. 12, II. (Spezialität: Wanzenvertilgung.)

Aerztlicher Sonntagsdienst
am 25. Aug. von 1 Uhr ab. (1764
Dr. med. Schwarzweller, Breitestr. 1 I
Dr. med. Fr. Eschenburg, Hüxstr. 33.
Dr. med. Gosch, Fackenburg. Allee 1.

Alle Sorten Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Ausschank
98) empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

HELIOS
Techn. Lehr-Institut für Kinematographie bildet junge Leute, Monteure, Geschäftsinh. u. Herren, die ein. Kinematogr. betreib. woll., prakt. u. techn. als **Vorführer** aus. Dauer d. Kursus ca. 4 Woch. Aufnahme kann jederzeit erfolgen. Prosp. kostenlos. Anmeld. persönlich oder schriftlich erbeten Hamburg 1, Bieberhaus, Zimmer 58.
2784

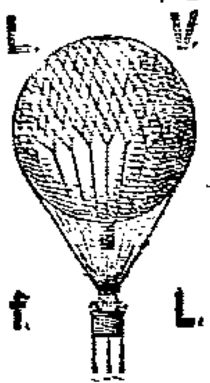
Gute Eßbirnen, Pfd. 15 Pfg.
„ Kochbirnen, 2 Pfd. 15 Pfg.
Eß- u. Kochäpfel, Pfd. 15, 20 Pf.
Bergamott-Birnen, 2 Pfd. 25 Pf.
empfiehlt (2791
C. Prestin, Fleischhauerstr. 60.

Gelegenheitskauf.
Speise-Kartoffeln } v. Sandb. Pfd. 3—5 ₰ / 100 Pfd. bed. billiger.
Äpfel u. Birnen spottbillig.
Zigarren 100 Stück 2,90 Mk.
Bratenschmalz Pfd. 55 Pfg. (2790
Beckergrube 92, Ecke Untertrave.

Täglich in allen Verkaufsstellen: Frisches Kraft-Dauer-Brot
C. Siemers, Struckmühle.
114) Fernsprecher 1110.

Moorgarten.
Am Sonntag, dem 1. September:
Großes Tanzvergnügen.
Hierzu ladet freundlichst ein
2795 **Friedr. Wehrend.**

Pfand-Auktion.
Am Montag, dem 16., und Dienstag, dem 17. September, verkaufe öffentlich meistbietend, morgens 9 Uhr, bei Herrn **Ahrens, Marlesgrube,** die nicht verzinsten Pfänder:
Herren- und Damengarderobe, Leinensachen, Gold- und Silbersachen, gold. u. silberne Herren- u. Damenuhren u. antike Spindeluhr, Brillant- u. andere Ringe, Halsketten und Boutons mit Brillanten, Herren- u. Damen-Ketten-Armbänder, eine Geige, Operngläser, Herren- u. Damen-Fahrräder, Regulateure, Freischwinger, Pfeilerspiegel, Nähmaschinen und versch. andere Sachen,
wozu Kaufliebhaber einladet
L. S. Baruch, Pfandleiher.
Kein Pfand kann später wegen eintretender Feiertage als bis 8. September prolongiert werden.
NB. Gold- u. Silbersachen, sowie Uhren kommen am zweiten Tage zum Verkauf. 2761

Zeppelinluftschiff „Hansa".


Die Anmeldungen zur Beteiligung an den zweistündigen Fahrten des Luftschiffes am Sonntag, dem 1. September cr., werden möglichst **umgehend** bei Herrn Johs. F. J. Möller, Israelsdorfer Allee 13a, erbeten. — Mitglieder des Vereins für Zeppelinfahrten (Jahresbeitrag Mk. 6.—) haben eine Preisermäßigung von 25 Prozent. Anmeldung neuer Mitglieder ebenfalls bei Herrn Möller. 2788

Versammlung
sämtlicher bei den Holzspediteuren beschäftigten Arbeiter
am Montag, 26. August
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
Bericht der Lohnkommission betr. das Abladen der Wagen am Kanal.
Zu dieser Versammlung sind die Kollegen der Firma Lüders & Stange besonders eingeladen.
2793) **Der Vorstand.**

Achtung!
Kohlenarbeiter!
Sektions - Versammlung
am Montag, dem 26. August
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwünscht.
2792) **Der Vorstand.**

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr,
102) **65 Pfg.**

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:
99) **Ballmusik.**

Weisser Engel
Ratzeburger Allee 29.
Endstation Bahnlinie 4.
2789) Jeden Sonntag:
Freies Tanzkränzchen.

Kücknitz.
W. Dieckelmanns Gasthof.
Sonntag, den 25. August:
Preisschießen und -kegeln.
Von 7 Uhr ab:
Tanzkränzchen.
Preisverteilung. 2787

Trinkt
Buntekuh-Kümmel
1703) Dampfkorn-Brennerei Buntekuh.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zahlstelle Moisling.

Einladung zum
diesjährigen Sommerfest
verbunden mit Herrenpreisschießen usw.
unter Beteiligung der Kollegen des Zweigvereins Lübeck
am Sonntag, den 25. August 1912
im Lokale der Ww. Schreiber, Kaffeehaus.
Eintrittspreis im Vorverkauf 40 Pfg., an der Kasse 50 Pfg.
NB. Präzise 8½ Uhr: Empfang der Lübecker Kollegen mit Musik am Moislinger Baum.
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht (2774
Das Festkomitee.

Schweinegilde St. Lorenz u. Umg.
Einladung zum Sommerfest
am Sonntag, dem 25. August 1912
im Lokale des Herrn Rieck, „Hansa-Halle."
Anfang 5 Uhr. Ende morgens. Um 10 Uhr Laternenpolonäse.
Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
2775) **Das Komitee.**

I. O. G. T.
SOMMERFEST
der vereinigten Guttemplerlogen Lübecks
am Sonntag, 25. August 1912, im Kolosseum.
Gartenkonzert. Gesangvorträge. Ball.
Anfang des Konzerts nachm. **5** Uhr, des Balles **7** Uhr. Ende 2 Uhr.
Herrenkarte 60 Pfg., wof. eine Dame frei. Damenkarte 30 Pfg.
2626) Hierzu ladet freundlichst ein
Der Logenausschuß.

Nach Travemünde
extra billige Fahrten mit **Salondampfer „Freya".**
Ab Sophienstraße 2 Uhr, Mühlenbrücke, Hüxtertor und Struckfähre anlegend. Rückfahrt 6½ Uhr (Prinzenbrücke). Fahrpreis: 50 Pfg., Kinder unter 12 Jahren 25 Pfg. **Die Fahrkarte berechtigt zur Rückfahrt an demselben Tage.** 4½ Uhr: Fahrt in See. 2782

Regelmäßige Dampferverbindung
Travemünde-Grömitz-Kellenhusen-Dahme
454 **per Salondampfer „Hollmann"**
täglich 11 Uhr vormittags ab Travemünde.

Konzerthaus „Flora".
2804) **Jeden Sonntag:**
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.
Eintritt frei. (1394) **Gustav Gipp.**

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. **Ende 2 Uhr.**
103) **H. Pagel.**

Konzerthaus Friedrichshof
Jeden Sonntag: (601) **Tanzkränzchen.**

Friedr.-Franz-Halle
Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
Eintritt frei.
2803) Endstation Krankenhaus.
Ende 1 Uhr.

Schlutup.
Gasthof „zum weißen Schwan"
Inh.: R. Böge. (2472
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Gute Speisen. ff. Biere.

Adlershorst. (101)
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Einsegel
95) Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.

Konzerthaus
Zauberflöte
Frei-Konzert
Tiroler
Alpensänger- u. Jodler-Truppe
„Widerhall" 7 Damen 2 Herren
Eintritt frei! (2798
Sonntag Anf. abends 8 Uhr

Kaffeehaus Moisling.
Montag, am Markttage:
Große Tanzmusik. 2768

Hamburger Hof
Schwartau.
Sonnabend Sonntag Montag
Großes Preisschießen.
1. Hauptgewinn: Ein Fahrrad.
Die folgenden Gewinne bestehen aus wertvollen Hausstandsgegenständen.
Preis der Karte: 3 Schuß 50 Pfg.
Jeden Sonnabend:
Große Musik-Unterhaltung
Hierzu ladet ergebenst ein
2754) **A. Lau.**

„Louisenlust".
Am Sonntag, dem 25. August 1912:
Großes
Familien- und Kinderfest
verbunden mit **altdeutschem Kinder-Vogelschießen,** wozu kleine Preise als **Prämie** für die **besten Schützen** ausgesetzt sind. Mädchen sowie Knaben haben **gleiche Rechte beim** Schießen. 2799
Gr. Garten-Konzert
(Tiroler Truppe).
Preiswürfeln für Damen und Herren.
Kindertanz im Freien.
Wurstbeißen, Eierlaufen, Sacklaufen usw. usw.
Aufsteigen eines Luftballons.
Um ½6 Uhr: Festzug unter Leitung des Riesen-Gockelhahns „Piep"!!
Achtung!
Jedes Kind erhält um 5 Uhr 1 Tasse Schokolade und Kuchen umsonst.
Eintritt für Erwachsene 20 ₰, für Kinder 10 ₰.
Anfang 4 Uhr.

Kalnbergs
Variété und Kabarett.
Sonntag 8 Uhr:
Neues Programm.
Entree 40 Pfg. (2802

Hansa-Theater
Direktion: Gebr. Gollbach.
Telephon 610.
Heute abend 8½ Uhr.
Das große August-Programm.
The Conradys
Luftgymnastik
Les Jolies
Exzentrik-Gesang-Duett
Frida Bendix
Soubrette.

Nach der Vorstellung in den neu eingerichteten Räumen:
Kabarett.
Auftreten erstklassiger Künstler. 2801
Entree im Kabarett frei.
Vorverkauf bei Sager, Kohlm.
Jeden Sonntag von abends 7 Uhr ab: **Konzert.**